

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1925**

18.2.1925 (No. 49)

# Badischer Beobachter

Ercheint einmal wöchentlich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienleser“, „Kunst und Leben“, „Frauenrundschau“ und „Sterne und Blumen“. Schluss der Anzeigenannahme: nachm. halb 6 Uhr. — Druckerei: „Badischer Beobachter“, Postfach 100, Karlsruhe 1844. Fernr.: Geschäftsstelle 535, Redaktion 572. — In Fällen von bösserer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis: monatlich, durch Läger Nr. 230 (bei der Buchhandlung in Karlsruhe Nr. 230), wöchentl. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf der Monatsrechnung erfolgen. Anzeigenpreis: 10 Pfg. pro Zeile, 1 mm hoch, 8 Pfg. im Restmontat 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwingender Verbreitung und bei Konstante wegfällt.

## Die Denkschrift über die Ruhrkredite.

Aus dem Reichstag teilt man uns mit:

Die lange erwartete Denkschrift über die Gewährung der Ruhrkredite ist nunmehr von der Reichsregierung dem Reichstag in Vorlage gebracht worden. Gleichzeitig mit ihr stellt die Reichsregierung den Antrag auf Indemnität, d. h. auf Zustimmung unter nachträglicher Bewilligung des Vorgehens.

Ueber diese Denkschrift sind schon vor ihrem Erscheinen außerordentlich heftige Kämpfe in der Öffentlichkeit ausgetragen worden. Im Plenum des Reichstages wird es nicht anders sein. Es handelt sich darum, an welcher Stelle die 700 Millionen Mark Ruhrkredite während des passiven Widerstandes geflossen sind und welche Verwendung diese Gelder gefunden haben. Die Reichsregierung macht in ihrer Denkschrift geltend, daß sie die Verpflichtungen auf dem Vergleichswege geregelt habe und dadurch im Effekte mehr als 200 Millionen Goldmark gespart hätte. Es sei ja nicht der volle Wert der den betreffenden Unternehmungen durch die Besetzung und den passiven Widerstand zugefügten Schäden vergütet worden.

An der grundsätzlichen Entschädigungspflicht des Reichs für diese in jener Zeit geleisteten Reparationsverpflichtungen will niemand im Reichstage rütteln. Es wird jedoch ein heftiger Kampf darüber anheben, ob die Zuwendungen im einzelnen berechnigt waren und ob die grobkenteils als „Sofortleistungen“ bezeichneten Zuwendungen auch wirklich in die richtigen Hände gekommen sind. Die Reichsregierung macht geltend, daß diese Sorge vor wirtschaftlichem Durcheinander und vor allem vor separatistischen Tendenzen die Zuwendungen notwendig gemacht habe. Die Ruhrkohlenindustrie habe zunächst einmal ihren privaten Kredit ausgenutzt, dafür aber von der Reichsregierung die Verpflichtung für eine spätere Bezahlung der Reparationslieferungen in Rohle verlangt. Auch die Bergarbeiter haben damals von der Reichsregierung die wirtschaftliche Unterstützung gefordert. In einem Kabinettsbeschluss vom 20. Oktober 1923 ist die Verpflichtung des Reichs zur Rückzahlung anerkannt worden. Die damals amtierenden sozialdemokratischen Minister bestreiten zwar nicht ihre grundsätzliche Zustimmung, sie wenden sich jedoch gegen die Form der Auszahlungen, die sie abgelehnt hätten.

Es wird also jetzt alles für die Reichsregierung darauf ankommen, nachzuweisen, daß sie nur einen angemessenen Betrag zurückgezahlt hat und daß die Zuwendungen sich nicht nur auf die großen Werke und Unternehmungen, sondern auch auf die mittleren und kleinen Handels-, gewerblichen und industriellen Unternehmungen bezogen haben, die damals durch die Maßnahmen der Besetzung und durch den passiven Widerstand überhaupt geschädigt wurden. Die Denkschrift macht geltend, daß das Geschehen sei und sie führt weiterhin aus, daß die Schuldvergleichssumme nach Abzug der früher in E-Schabamweisungen geleisteten Abschlagszahlungen und den inzwischen vorgenommenen Steueranrechnungen noch 222 Millionen ausmacht. Daß der Reichstag nicht früher mit dieser Angelegenheit beschäftigt worden wäre, hätte daran gelegen, daß das technisch garnicht möglich war, nachdem der alte Reichstag aufgelöst war und die Reichsregierung sich in der Demission befunden habe. Die Auszahlungen hätten aber erfolgen müssen, sonst hätten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wenn man noch Monate gemartet hätte, ein ungeheures Ausmaß angenommen.

## Lange-Hegemann aus der Partei ausgetreten.

(Eigener Drahtbericht)

J. H. Berlin, 17. Febr.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags veröffentlicht folgende Erklärung:

Nachdem der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Höfle sein Mandat niedergelegt hatte, richtete der Vorstand der Zentrumsfraktion am 9. Februar an den Reichstagsabgeordneten Lange-Hegemann folgendes Schreiben: „Der Reichstagsabgeordnete Dr. Höfle hat in Verfolg der Entwicklung der

## Der Konflikt mit Rumänien.

Mit Vorsicht aufzunehmen!  
(Eigener Drahtbericht)

J. H. Berlin, 17. Febr.

Ein Berliner Mittagsblatt verbreitet die alarmierende Nachricht über Ausweisung von Reichsdeutschen aus Rumänien, die in der brutalsten Form vor sich gegangen sein sollen. An amtlichen Stellen liegt weder aus Bukarest noch aus Budapest eine Bestätigung dieser Meldungen vor. Von Berliner zuständigen Stellen werden heute Abend diese Nachrichten, soweit sie über Ausweisungen von Deutschen aus Rumänien berichten, als unzutreffend bezeichnet. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Angelegenheit selber auf die leichte Schulter zu nehmen sei. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß die rumänische Regierung nach ihren Erklärungen in der Kammer ihre Erpressungsversuche gegenüber Deutschen in die Tat umzusetzen beabsichtigt, indem sie über den Rahmen des Verfallener Vertrags und des Dawesgutachtens hinaus, die wirtschaftliche Gefundung Rumaniens auf Kosten Deutschlands mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen erreichen will.

Es ist anzunehmen, daß Deutschland gegebenenfalls die Antwort auf die rumänischen Erpressungsversuche nicht schuldig bleiben wird.

Als Protest gegen die Willkürmaßnahmen der rumänischen Regierung wurde an der heutigen Berliner Börse keine Notierung für Auszahlung Bukarest und für rumänische Noten vorgenommen.

## Stresemann über die rumänischen Repressalien.

Berlin, 16. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm heute Reichsaussenminister Dr. Stresemann in Erwiderung auf die Darlegungen, die der rumänische Finanzminister in der Kammer in Bukarest gemacht hatte, das Wort. In Wirtschaftskreisen, so erklärte er, habe eine lebhafteste Beunruhigung Platz gegriffen wegen der Repressalien, mit denen zunächst die rumänische Presse und dann auch der rumänische Finanzminister gedroht hat. Die Beunruhigung habe nicht nur die deutschen, sondern auch die rumänischen Wirtschaftskreise ergriffen. Der Minister ging im Einzelnen auf die Streitfrage ein, wobei es sich um drei verschiedene Fragenkomplexe handelt:

1. Um die rumänischen Ansprüche aus dem Verfallener Vertrag auf Rücklieferung von Vieh, Eisenbahnwaggons usw. Die Verhandlungen hätten sich hingezögert, weil die Ansprüche Rumaniens übertrieben waren. Nach den Verhandlungen der letzten Tage sei jedoch mit einer Verständigung zu rechnen.

2. Der zweite Fragenkomplex betreffe den rumänischen Anspruch aus dem Verfallener Vertrag auf Rückstattung aller Vermögenswerte, die Deutschland aus dem Bukarester Frieden erhalten hat. Es sei verabredet worden, daß über die Liquidierung des Bukarester Friedens demnächst gemeinsame Verhandlungen zwischen Rumänien, Oesterreich, Ungarn und Deutschland in Wien stattfinden sollten.

3. Der dritte Fragenkomplex betreffe die Notendekung der Banca Generala-Noten, die während der Besetzung von Rumänien ausgegeben worden sind. Dies sei der eigentliche Streitpunkt, aus dem die Verführung von Repressalien gegen Deutschland hergeleitet werde. Im Verfallener Vertrag seien aber Deutschland keinerlei Verpflichtungen auferlegt, diese Noten einzulösen. Trotzdem hätten in den Jahren 1921 und 1922 Sonderverhandlungen stattgefunden, in denen sich Deutschland bereit erklärt hatte, einen bestimmten Betrag an Rumänien auszuhändigen, wenn Rumänien auf die Liquidierung des deutschen Eigentums verzichte. Rumänien habe das abgelehnt. Ein zweiter Verständigungsversuch war ebenfalls ergebnislos. Nachdem nunmehr Rumänien auf der Pariser Finanzministerkonferenz seine Forderungen überreicht habe, habe es sich um den Standpunkt gestellt, daß seine Ansprüche auf Einlösung der Noten außerhalb des Verfallener Vertrags zu regeln seien und die Forderung erhoben, daß wir Rumänien neben den Anuitäten des Sachverständigengutachtens besonders zu entschädigen hätten. Diese Forderung stehe mit dem Sachverständigengutachten in Widerspruch. Rumänien könne nur allgemeine widerrechtliche Repressalien ergreifen, denen gegenüber auch Deutschland freie Hand habe.

Der Minister erklärte, er werde es bedauern, wenn die gegenwärtige Auffassung in rein sachlichen Fragen dazu führen würde, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in einer zu schmerzlichen Weise zu beeinträchtigen, wie dies durch derartige Maßnahmen der rumänischen Regierung unzweifelhaft geschehen würde.

Unterstützung in der Barmatangelegenheit sein Mandat niedergelegt, um der im Gange befindlichen Untersuchung freien Lauf zu lassen und der Fraktion volle Handlungsfreiheit zu geben. Der Vorstand der Fraktion ist der Meinung, daß auch Sie aus dieser Erwägung heraus Ihr Mandat niederlegen müßten. Sie werden hiermit erlucht, diesen Schritt sofort zu tun und mir entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen.

Herr Lange-Hegemann erbat auf diesen Brief hin Aufschub für seine Erklärung bis zum 14. Februar. Unter dem 16. Februar richtete er ein Schreiben an den Vorsitzenden der Fraktion, in dem er zur Sache folgendes mitteilte:

„Ich kann den Gründen, welche Sie schriftlich anführen und mich zur Mandatsniederlegung führen müßten, nicht Folge geben. Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, soweit es an mir liegt, alles zu verhindern, was durch meine Person der Partei Schaden zufügt. Ich trete deshalb hiermit aus der deutschen Zentrumsfraktion als Mitglied und somit auch aus der Fraktion der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags aus. Den Entschluß wegen Niederlegung des Mandats werde ich in dem Augenblick fassen, wo der Fragenkomplex, soweit er meine Person angeht, geklärt er scheint.“

Der Vorstand der Fraktion hält an seiner Auffassung fest, daß aus den im Schreiben vom 9. Februar dargelegten Gründen der Verzicht auf sein Mandat durch den Abgeordneten Lange-Hegemann geboten war. Nach der Erklärung des Abgeordneten Lange-Hegemann ist er indes nicht mehr in der Lage, namens der Fraktion, der der Abgeordnete Lange-Hegemann nicht mehr angehört, etwas weiteres zu veranlassen.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Februar.

Am Regierungstisch: Reichsverkehrsminister Dr. Krohne. — Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr. Die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes wird fortgesetzt beim Reichsverkehrsministerium. — Der Ausschuss fordert u. a. den Entwurf eines Reichswassertrahengesetzes; ferner erucht er die Regierung, der Entwicklung des Kraftverkehrsbesonders besondere Beachtung zu schenken und Versuchen der Reichsbahn, diese Entwicklung im Interesse der Ausnutzung des Eisenbahnmonopols zu hindern, entgegenzutreten. Weiter sollen die Bahnhofsbuchhandlungen von Schmutz und Schund gereinigt werden.

Abg. Schumann (Soz.) begrüßt die vom Reichsverkehrsminister in Aussicht gestellte Großzügigkeit in der Gestaltung unseres Verkehrswezens. Diese Eriemtnis komme aber leider sehr spät. Die Sozialdemokraten hätten bei ihren Reformplänen stets Widerspruch gefunden. Der Redner fordert die endgültige Fertigstellung des Mittelkanals, ebenso wichtig sei der Rhein-Main-Donaukanal und der Sanjafanal. Der Redner fordert den Ausbau der Unfallversicherung und den Erlass einer Reichserweiterungsordnung. Die Eisenbahnen dürften nicht heruntergewirtschaftet werden, nur um hohe Ueberhöffe zu erzielen.

Abg. Koch (Düsseld.) hat lebhafteste Bedenken, ob das neue internationale Regime bei der Reichsbahngesellschaft auch die deutschen Wirtschaftsinteressen ausreichend berücksichtigen werde. Der Verwaltungsrat habe annehmend ein ganz neues Programm aufgestellt, das auch eine Neuordnung der Werkstättenverwaltung enthalte, das zu den größten Bedenken Anlaß gebe, und von dem man offiziell bisher nichts erfahren habe. Die Neigungswendungen der Reichsbahngesellschaft an ihre leitenden Beamten hätten in der ganzen Öffentlichkeit Entrüstung hervorgerufen. Der Reichstag müsse auf stärkste gegen eine solche Gehälterpolitik protestieren. Namentlich auf das besetzte Gebiet müßten solche Maßnahmen in höchstem Maße erbitend wirken. Auch die Entschädigung der Aufsichtsratsmitglieder sei sehr hoch. Bei der Bestellung des Generalsekretärs sei nicht nur nach politischen, sondern nach parteipolitischen Rücksichten verfahren worden.

Abg. Groß (Ztr.) begrüßt die durch den Staatsvertrag auf dem Gebiete der Wasserstraßen erzielte größere Einheitslichkeit, hält aber eine gewisse Selbständigkeit der Einzelstaaten, besonders bei der Ausnutzung der Wasserstraßen für notwendig. Besonders wichtig sei der Ausbau der süddeutschen Wasserstraßen, da die Industrie in Süddeutschland mit der Beschaffung von Rohmaterial große Schwierigkeiten habe. Redner bringt dann Wünsche des Wasserstraßenverkehrspersonals auf Ausschaltung der freien Arbeit, Bezahlung der Sonntagsarbeit usw. vor. Der Entwicklung des Flugwesens müsse die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Als besonders notwendig habe sich eine Luftverbundung Stuttgart-Leipzig-Berlin herausgestellt. Unverständlich sei es, daß gerade Stuttgart sich bezüglich des Umleitungsverkehrs auf den Reichsbahnen beklagen müsse. Die Klagen Würtembergs in dieser Richtung seien berechtigt. Die Verkehrsstrecken nach Süddeutschland und in den Schwarzwald hinein müssen auf das Modernste ausgebaut werden. Vießach habe man halb- oder dreiviertelstündige Strecken verwindert liegen lassen. Eine solche Vernachlässigung des Nebenbahnbaues sei volkswirtschaftlich verfehlt. Die für diese Bauten vorgesehenen 10 Millionen Mark müßten erhöht werden. Die Reichsbahnverwaltung habe die moralische Verpflichtung, die Wünsche des Reichstages zu berücksichtigen.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne erklärt sich bereit, die vorgebrachten Beschwerden auf das Sorgfältigste nachzuprüfen.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Wp.) stellt als einmütige Meinung des Reichstages fest, daß das Verkehrsministerium erhalten werden müsse. Der Reichstag habe die Bedeutung des Verkehrsministeriums auch dadurch anerkannt, daß er einen besonderen Verkehrsausschuß geschaffen hat. Trotz der Verpändung der Reichsbahn zu Reparationszwecken sei das Verkehrsministerium weiter eine Hoheitsverwaltung für die Reichsbahnen. Die Befugnisse der Reichsbahngesellschaft seien streng abgegrenzt und dürften nicht erweitert werden. Redner regt an, den Kraftwagenverkehr auf dem Lande zu erweitern; die Tarifpolitik müsse sich nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft richten. Der Erhöhung der Beamteneinkünfte bei der Reichsbahn könne die Reichsregierung nicht ohne Widerspruch zustimmen, weil dadurch die Leistungen der Beamten der anderen Verwaltungen herabgesetzt würden. (Zustimmung.) Deutschland müsse wieder in den Weltverkehr eingeschaltet werden. Die große und lohnende Aufgabe des Reichsverkehrsministers sei es, jede Verkehrsmöglichkeit herauszuholen.

Abg. Schütz (Komm.) tritt scharf für die hohen Gehälter der höheren Beamten der Reichsbahn. Es sei unerhörte, daß der Generaldirektor Deser nahezu 100 000 Mark Gehalt und sein Staatssekretär 42 000 Mark erhalten. Das Zentrum habe übrigens gar keine Ursache, auf die Separatisten zu schimpfen, denn diese separatistischen Bahnangestellten seien fast alle Zentrumsleute. (Widerpruch beim Zentrum.) — Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus verläßt sich auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

## Das Urteil im Auer-Prozess.

München, 17. Febr. In dem politischen Beleidigungsprozess Auer gegen Winter, Kämpfer und Kampfmeyer wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Die Beklagten Albert Winter und Richard Kämpfer werden wegen eines Vergehens der Beleidigung und üblen Nachrede zu je 5000 Goldmark Geldstrafe, im Nichtbringungsfall zu je 50 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Beklagte Kampfmeyer wird wegen des gleichen Vergehens zu 4000 Goldmark Geldstrafe bzw. 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Auer wird bezüglich der Wiederklage freigesprochen. Die Beklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Dem Kläger Auer wird das Recht der Veröffentlichung des Urteils in der Münchner Post und der Bayerischen Staatszeitung zugesprochen. Die Beschlagnahme der Broschüre „Der Fall Auer“ wird aufrecht erhalten. Noch vorhandene Exemplare und die Platten sind zu vernichten.

## Katholische Kundgebungen in Frankreich.

Paris, 16. Febr. Wie allsonntäglich fanden auch gestern wieder in der französischen Provinz eine Reihe von katholischen Demonstrationen statt, um gegen die Vatikanpolitik der französischen Regierung zu protestieren. In Rennes demonstrierten fast 40 000 Katholiken. In Metz ergriff General de Castelnau vor mehreren tausend Zuhörern das Wort. Der Vorsitzende der katholischen Verbände des Departements Sarthe, der General Darbe, sandte ein Protesttelegramm gegen die Vatikanpolitik der Regierung an den päpstlichen Nuntius in Paris.

hng!  
0  
0  
M., Zehn. 27.2.  
M., Zehn. 12.2.  
Pfg. 65  
Zahlung  
20 Pfg. bei  
Termin  
0 7, 11  
ellen  
litas“  
Kaufleute  
im Verband  
aufschlands.  
8 Uhr  
end  
ntel von der  
edes R.R.V.ers  
Vorstand.  
nlung  
e und Hand-  
ehr zahlreiches  
Käfer,  
nter Garantie  
nstant 586  
pringer,  
2340  
iges Lager  
u den bil-  
er werden  
rt.  
5 Mk. —  
rechnung,  
Haus.  
chäft,  
i), 638  
l Sybelstr.  
um  
e Revue  
UME  
des Theater  
lsruhe.  
17. Februar  
Nr. 2501-  
e 6  
rtier von  
dod  
Abteilungen  
Cornelius  
a. W. Lorenz  
gebet von  
Buffard.  
onen:  
Warth  
alpha Peters  
Baf-  
Kellmann  
Wenzel  
Rentwig  
Sommer-  
acht  
ntomme in  
iauna und  
S. Hoegel  
l. Schwepppe  
ghe: Wint  
ine 616  
onen:  
nnte Gen er  
A. Promann  
ise Wieland  
ma Wangel  
ni Widmann  
h. Sonntag  
schwar e  
Wint seine  
7/7 Uhr  
7 Uhr.  
1/2 Uhr.  
ife:  
Abt. 6.-

### Aus Siegerwalds Rede.

Der Zentrumsabgeordnete Siegerwald hat in Köln anlässlich einer bedeutsamen Arbeiterzentrumwähler-Versammlung eine politische Rede gehalten, die überall Beachtung findet. Der von uns bereits gebrachte ganz kurze Auszug aus der Rede gab keineswegs ein richtiges Bild von dem, was er sagte. Wir geben deshalb die Rede in ihrem Hauptinhalt wieder.

Nachdem Siegerwald die bisherige Entwicklung der Fraktionen im Reichstag seit 1919 geschildert hatte, fuhr er weiter:

#### I.

Vor welchen Möglichkeiten steht nun die Zentrumspartei im Zeitalter des parlamentarischen Regierungssystems? Meines Erachtens vor dreierlei:

1. Die Zentrumspartei löst sich auf. Das würde ich nach den Beobachtungen in der großen deutschen Politik in den letzten Jahren vom christlichen und vom deutschen Standpunkte aus gesehen, für ein Verhängnis halten. Ich möchte bekanntlich nach dem Zusammenbruch die Schaffung einer großen christlichen Volks- und Staatspartei, die dem deutschen Wiederaufbau das Gepräge aufdrücken sollte. Dieser Gedanke hatte nach der Revolution Aussicht auf Verwirklichung, inzwischen ist er kaputt geschlagen worden. Die Auflösung der Zentrumspartei würde eine Desorientierung anstatt eine Zusammenfassung der christlichen Elemente des Volkstums zur Folge haben, was ebensowenig mein Ziel war. Deutschland ist das Krönungsland der christlichen Glaubensspaltung. In ihm wirken im Hinblick auf das, was in den letzten Jahrhunderten gespielt hat und im Hinblick darauf, daß in der Mehrzahl der deutschen Staaten evangelische Kirche und Staat in den letzten Jahrhunderten viel enger als in den meisten anderen Ländern verbunden waren, die geistigen Strömungen viel stärker auf das politische und öffentliche Leben zurück als in fast allen Ländern der Welt. Nach meiner festen Überzeugung wäre ohne das Vorhandensein der Zentrumspartei das deutsche Reich über die Wirksamkeit der letzten Jahre nicht geschlossen hinüberzubringen gewesen. Das deutsche Volk wird noch einen langen Weg zurücklegen müssen, bis es als ein politisches Volk angesehen werden kann. Bei dem Charakter der Deutschen als Grübler, Denker und Tiefschürfer und bei der mitteleuropäischen Lage Deutschlands ist der Wiederaufbau von Volk und Staat gar nicht möglich ohne die Bedienung starker religiöser und nationaler Impulse. Die religiösen Impulse können am stärksten gemeldet werden von den Religionsgesellschaften, die aber der Tagespresse als Mittel nicht einbringen können. Der religiös denkende Teil des deutschen Volkes in beiden konfessionellen Lagern will eine Tagespresse, die aus seiner religiösen Grundeinstellung heraus zu den großen Fragen des Lebens Stellung nimmt. Von der konfessionell orientierten Tagespresse bis zur gleichartig orientierten politischen Partei ist nur ein kleiner Schritt. Früher hat man der Zentrumspartei vorgeworfen, sie bezwecke Religion und Politik, ebendamals galt man sie als antinational, weil sie sich für die konfessionelle Schule einsetzte. Heute sind auch die ehemaligen Konserverbitter und Liberalen für die konfessionelle Volksschule. Religion und Politik lassen sich noch weniger voneinander trennen, wie Politik und Wirtschaft auseinander gehalten werden können. Die Forderung: Trennung von Religion und Politik ist genau so platt wie das sozialistische Schlagwort: „Religion ist Privatfache!“ Nein! Religion ist nicht Privatfache, sie ist die größte Gemeinschaftsfrage, die es in der Welt gibt. Nur hat sie sich nicht zu allen Zeiten ausreichend ausgewirkt. Mit der Befestigung der Zentrumspartei würden m. E. wertvolle religiöse Kräfte für das öffentliche Leben Deutschlands lahmgelegt, die für den deutschen Wiederaufbau nicht entbehrt werden können. Auch vom deutschen Standpunkte aus gesehen, muß die Zentrumspartei erhalten bleiben. Ich glaube nicht daran, daß es in absehbarer Zeit den verschiedenen politischen Parteien, die je eine andere Sprache sprechen, gelingt, die deutschen Katholiken positiv in den deutschen Staatsorganismus und in die deutsche Kultur hineinzuwachsen zu lassen. Deutschland ist für auf weiteres ein schwacher Staat. Seine Grenzgebiete sind meist katholisch. Diese Gebiete können im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit am sichersten mit dem deutschen Reich und Volk verankert werden, wenn die Zentrumspartei erhalten bleibt und für absehbare Zeit an die politische Verantwortung gebunden wird.

2. Die zweite Möglichkeit ist: die Zentrumspartei findet sich damit ab, einmal mit links und einmal mit rechts eine Regierungskoalition einzugehen. Ob dieser Zustand jemand zusagt oder nicht, darauf kommt es nicht an. Wenn er nicht gescheit, hat die Aufgabe, einen anderen Weg zu weisen. Die Zentrumspartei ist Mittelpartei, von allen Seiten gesehen. Die Siege sind im Reichstag auf sieben Sektoren verteilt, davon nimmt die Zentrumspartei den vierten, also genau den mittleren, ein, wie sie auch schwach den siebenten Teil des Reichstages darstellt. Dabei sind die Linksparteien sehr viel schwächer wie die Rechtsparteien, weil die 45 Kommunisten für jede praktische Politik ausreichen. Das Zentrum ist Mittelpartei zwischen dem nationalen Gedanken und einseitigem Nationalismus, zwischen extremem Nationalismus und schrankenloser äußerer Nationalität, zwischen Staatsmacht und Staatsmacht, zwischen überparteilichem Egoismus und marxistischem Sozialismus, zwischen einseitigem Individualismus und mechanischem Sozialismus usw. In den letzten Jahren stand die Zentrumspartei fast vor negativen Aufgaben. In Weimar galt es, sozialistische Experimente von Deutschland fernzuhalten, gegenwärtig müssen nationalstaatliche und reaktionäre Strömungen in der deutschen Politik gezügelt und zurückgehalten werden. Gegenüber der Heranziehung der Rechtsparteien zur staatspolitischen Verantwortung bestehen im besten Gebiete und bei der katholischen Arbeiterchaft Westdeutschlands starke Bedenken auf außenpolitischen, innerpolitischen und sozialistischen Gebiete. Für diese Bedenken läßt sich viel sagen. Eine bedenkenfreie Koalition und Regierung ist, vom Zentrumstandpunkt aus gesehen, nur dann möglich, wenn anstatt 69 demnächst 200 bis 250 Zentrumsgesandte gewählt würden. Im Zentrumstreifen des besetzten Gebietes herrscht die

Vorstellung, daß bei einer Rechtsregierung der Westen auf fast allen Gebieten der leidtragende Teil sei. Ich habe Verständnis für diese Auffassung, teile sie aber insbesondere gegenwärtig nicht, weil die deutsche Politik in den nächsten Jahren ja nicht frei, sondern meist zwangsläufig ist. Sie ist zwangsläufig nach außen und nach innen. Vor wenigen Wochen nach hat die Linke gegenüber einer Rechtsregierung sowohl in außen- wie in innerpolitischer Hinsicht den Teufel an die Wand gemalt. Heute stellen Demokraten und Sozialdemokraten fast in jeder Reichstagsitzung fest, daß die Deutschnationale Volkspartei nunmehr die gleiche Politik macht, die früher in Verbindung mit links gemacht werden mußte. England macht (insbesondere nach dem Weltkrieg) englische, Frankreich französische Politik. Beide Länder stören sich, auf lange Sicht gesehen, nicht daran, wer in Deutschland für den Augenblick an der Regierung beteiligt ist. Der Unterschied in der englischen und französischen Politik auf der einen und der deutschen Außenpolitik auf der anderen Seite ist der, daß die Siegerstaaten langfristige, Deutschland aber bis auf weiteres nur kurzfristige Außenpolitik machen und die Außenpolitik der Siegerstaaten sich im Gegensatz zu Deutschland auf politische Macht stützen kann. Was ist gegenwärtig der Drehpunkt der europäischen Politik? Die französische Sicherheitsfrage. Und diese verlangt ihre Lösung und wird sie so oder so finden, ganz gleich, ob die deutsche Regierung von Marx, Hilferding oder Luther geführt wird. Was wollte Frankreich bei der Gestaltung des Versailler Diktats? Es wollte zunächst aus politischen Gründen die Zerstückelung Deutschlands. Es wollte zwischen Deutschland und Frankreich eine Reihe Pufferstaaten, wie zur Zeit des Rheinbundes, geschaffen oder wenigstens wieder den Zustand herbeigeführt wissen, wie er vor 100 Jahren auf dem Wiener Kongreß gestaltet wurde: ein zerstückeltes Deutschland, ein schwaches Preußen. Diese französischen Bestrebungen sind in Versailles an Wilson und Lloyd George gescheitert. Dann verlangte Marshall Foch aus militärischen Gründen den Rhein als Grenze. Auch diese Forderung scheiterte an England und Amerika. Nun wurde Frankreich in Versailles ein englisch-amerikanischer Sicherheitspakt zugestanden. England hat diesen Pakt ratifiziert unter der Voraussetzung, daß das gleiche von Amerika geschehe. Amerika lehnte ab und die englische Politik hat wieder den Triumph erlebt, daß sie in einer für sie unangenehmen Sache einen Dritten als den Schuldigen hinführen konnte. In Genf hat Macdonald ein zweites Mal sich für die französische Sicherheit verpflichtet. Der französische Sicherheitspakt ist also schon zweimal von England unterschrieben und Frankreich abgelehnt worden. Oberflächlich wurde uns weggenommen während einer Vorkriegszeit. Die französische Sicherheitsfrage ist allerdings sehr schwierig zu lösen. Wenn sie bloß den Westen betrafte und auf Gegenseitigkeit zwischen Frankreich und Deutschland abgegrenzt werden könnte, dann läge die Sache einfacher. Frankreich muß aber erstens Deutschland im Westen nicht die Gegenseitigkeit zugestehen, und zweitens den Sicherheitspakt auch auf den Osten ausgedehnt wissen. In der gegenwärtigen französisch-polnisch-tschechoslowakischen Fange kann Deutschland nicht ständig leben, um so weniger, als es durch den politischen Korridor künstlich vom großen Rußland getrennt ist, während wirtschaftlich Deutschland und Rußland wie selten zwei Länder aufeinander angewiesen sind. Hier und in dem gegenseitigen Schuldenausgleich der Ententestaaten untereinander liegen die Hauptschwierigkeiten zur Befriedigung Europas, und nicht an der Zusammenlegung der deutschen Regierung, die zwar nicht nebensächlich, aber außenpolitisch auch nicht entscheidend ist.

Innerpolitisch sind, soweit ich sehe, die Befürchtungen des katholischen Westens gegenüber einer Rechtsregierung hauptsächlich zweierlei Art: Man fürchtet die Wiedereinführung des ehemaligen absoluten Regimes und die unparteiliche Behandlung der Katholiken. Es besteht zwischen dem Westen und mit religiöser Übereinstimmung darüber, daß die ebendiesem beilagen und verhefchten Zustände nicht wiedertreten dürfen. Ob sie wiedertreten oder nicht, hängt nicht zuletzt von den Katholiken selbst ab. Ich bin entschiedener Anhänger des gleichen Wahrechts in Reich, Ländern und Gemeinden, und würde zu dessen Verteidigung mit allen „Demokraten“ in einer Front kämpfen. Mit dem gleichen Wahrecht ist es der Zentrumspartei in den letzten Jahren möglich gewesen, die Sozialdemokratie zur weltanschaulichen Toleranz zu erziehen; mit dem gleichen Wahrecht ist es auch der Zentrumspartei und den Katholiken, wenn sie nicht schlafen, in Preußen, Württemberg, Baden usw. möglich, die politische Rechte zur konfessionellen Toleranz gegenüber den Katholiken zu bringen. Preußen ist durch die Vorgänge der letzten Jahre im Vergleich zu ebendem ein grundlegend anderer Staat geworden. Die staatliche Neugestaltung Deutschlands, die endgültige Gestaltung Preußens, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ist noch nicht abgeschlossen. Der Politiker steht gegenwärtig frei von jedweder politischen Romantik, vor der Frage: Welches ist der bessere Zustand? Wenn man die Rechte noch länger außerhalb der politischen Verantwortung und sie dabei tollischer weiter erstarren läßt oder wenn man sie in einem Zeitpunkt zur politischen Verantwortung heranzieht, in dem sie ohne die Mitwirkung der Mitte, der Zentrumspartei, nicht fertig werden kann? Das ist der nackte Sachverhalt. Die Sozialdemokratie ist in den letzten Jahren durch Mitarbeit am Staatsendenlam geworden. Gegenwärtig ist die Rechte stärker wie die Linke. Jetzt muß diese nachdrücklich eingepreist werden für die Aufgaben der deutschen Politik, in denen Vorbeuren in den nächsten Jahren nicht zu haben sind. Dann verhehrt auch der Rechten die Lust an ureifen monarchistischen und reaktionären Experimenten. Für absehbare Zeit ist für Deutschland aus außen- und innerpolitischen Gründen die Republik die einzig mögliche Staatsform. Das einzusehen ist die Rechte zug genug wenn sie ihre Kräfte für politische Arbeit verbrauchen muß, anstatt für politische Demonstration.

Die katholischen Arbeiter Westdeutschlands haben soeben gegen die Rechte starke Befürchtungen auf sozial-politischem Gebiete. Nach der sozialpolitischen Seite befürchte ich von einer

Rechtsregierung, so lange die Zentrumspartei dabei ist, das wenigste. Gewiß liegen in den Rechtsparteien Generaldirektoren großer Werke und Syndicats von Arbeitgeberverbänden. Vor ihnen fürchten die christlichen Arbeiterabgeordneten sich nicht bei Auseinandersetzungen in den Ausschüssen und im Plenum des Reichstages. Die Zentrumspartei kann im Zeitalter des gleichen Wahrechts nur sozial sein oder sie wird nicht sein. Sie kann gegenwärtig in sozialpolitischen Fragen mit rechts und auch mit links stimmen und Mehrheiten erzielen, weil für diese Fragen auch meist die bayerische Volkspartei und bayerisch-süddeutsche Kommunisten zu haben sind. Mit der Deutschnationalen Volkspartei ist zudem in sozialpolitischen Fragen vielfach besser zu arbeiten als mit den meisten Wirtschaftspolitikern der Deutschen Volkspartei. Die Deutschnationale Volkspartei verfügt weiterhin über einen viel stärkeren christlich-sozialen und Arbeitnehmerflügel wie die Deutsche Volkspartei. Die Sozialpolitik in den letzten Jahrzehnten wurde überwiegend gemacht von dem Zentrum in Verbindung mit den Konservativen. Wenn die christlichen Reichstagsabgeordneten aufpassen, dann fliegt die jetzige Regierung wegen sozial-politischer Fragen bestimmt nicht in die Luft. Nach vor fünf Wochen haben die Arbeitgeberverbände den schärfsten Kampf gegen die Achtstundenschicht an den Höfen und Kötterien geführt. Ihre Vertreter in den Rechtsparteien konnten aber nicht verhindern, daß die Einführung der Achtstundenschicht in diesen Betrieben den ersten Beschluß des Kabinetts Luther darstellte. Ebenfalls hat die jetzige Regierung die sehr umstrittenen Gesetze über die Arbeitszeit und die Arbeitslosenversicherung auf ihr Programm übernehmen müssen. Für die Kämpfer der Armen, die Invalidenrentner, bestimmte Gruppen der Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, haben die christlichen Arbeiterbetreuer des Reichstages in den letzten Wochen aus den Ueberstufen des letzten Staats einige Hundert Millionen herausgeholt. Wenn die Invalidenrentner demächst, anstatt 14 M monatlich bis zu 28 M erhalten, und wenn der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ein bestimmter Betriebsfonds überwiesen werden kann, dann haben sie das nicht dem politischen Spektral der Sozialdemokratie, sondern der stillen Arbeit der christlichen Arbeiterabgeordneten zu verdanken.

### Aus der Partei.

Singheim bei Baden, 16. Febr. Auch in stillen Zeiten ist eine Zentrumsversammlung auf dem Lande draußen äußerst dankbar. Das konnte man am Sonntag, den 15. Februar, im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Singheim feststellen. Der geräumige Saal war vollständig besetzt, gegen 150 Zentrumskräfte hatten sich eingefunden. Der Vorsitzende der Versammlung David Walter eröffnete die Versammlung nach kurzer Begrüßung und gab dem Landtagsabgeordneten Eberhard von Mannheim das Wort, der über die politische, wirtschaftliche und moralische Lage des Reiches und unseres Landes in glänzender und heftig aufgenommener Weise sprach. Von der Diskussion wurde reichlich Gebrauch gemacht, manche Wünsche der Landwirtschaft wurden dem „Landeshoten“ mitgegeben.

### Baden.

#### „Das moderne katholische Vereinswesen.“

In der Sozialen Bücherei (Buchhandlung Reohaus, Mühlbach, Vestalozstraße 1) ist Joeben unter obigem Titel eine 51 seitige Schrift vom Bischofspräses der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese Freiburg, Dr. Rehsbach erschienen. Sie behandelt das in den letzten Jahren in Presse und mündlicher Diskussion vielfach behandelte Problem der Reform bezw. Vereinfachung unseres katholischen Vereinswesens. Bekanntlich ist in der Praxis trotz dieser Diskussion noch nicht viel anders geworden. Das kommt davon her, weil man sich meist damit begnügt, seine Ansichten über das Problem zu haben und auszusprechen, aber nicht um eine praktische Einigung bejort ist. Viel ist in dieser Beziehung gewonnen, wenn eine Zusammenfassung und Sichtung der oft weit auseinander gehenden Ansichten und Vorschläge erfolgt ist. Das geschieht nun hier in dieser Schrift des Erzdiözesaners Kellers unteres katholischen Vereinswesens. Hier wird das Für und Wider erörtert und der beste Weg zu ergründen gesucht und für die Praxis Vorschläge gemacht bezw. die Einhaltung der Beschlüsse der sog. Zeller Tagung vom 15. Juni 1923 empfohlen. Damit ist eine Grundlage für ein planvolles, einheitliches Vorgehen gegeben, so weit man gegenüber einem so lebensvollen Gebilde, wie es das Vereinswesen überhaupt ist, von Einheitsförmigkeit sprechen kann. Der Verfasser selber sagt im Vorwort: „Es war mein aufrichtiges Bemühen, Licht und Schatten in objektiver Weise darzustellen. Wie die Situation, die ich vorfind, es mit sich bringt, ist ein großer Teil der Schrift den Gegnern der Vereine und ihren erhabenen Vorwürfen gewidmet. Jedoch lüch meine Arbeit neben der Verteidigung immer wieder das Positive in den Vordergrund zu rücken und Mitleiden für die ideale Vereinsgestaltung zu geben.“

Jedenfalls sei die Schrift nachdrücklich allen empfohlen, die im katholischen Vereinsleben stehen.

#### Zum Fall Renner.

Wir haben seiner Zeit über Neußerung berichtet, die dem hiesigen evangelischen Stadtpfarrer Renner zur Last gelegt wurden. Auf eine kurze Anfrage im Landtag gab der Unterrichtsminister Dr. Hellpach folgende Darstellung über den Vorgang:

Nach dem Bericht des Stadtschulamts Karlsruhe vom 2. Januar 1925 haben sich in der Tullschule I hier am 11. Dezember v. Js. im evangelischen Religionsunterricht des Stadtpfarrers Renner Vorlesungen abgehalten, die den Unterlehrer Franz Heß, den Klassenlehrer eines Teils der evangelischen Religionschüler des Stadtschulamts Renner, veranlaßt haben, beim Stadtschulamt sofort eingeleitete Untersuchung zu erheben, daß in der fraglichen Religionsstunde ergehen, daß in der fraglichen Religionsstunde der Zustand der Erregung geherrscht hat, welcher, wie das Stadtschulamt berichtet, der Verletzung unbedachter und unklar formulierter Redewendungen und infolge davon der Entziehung von Mißverständnissen in hohem Maße Vorhub geleistet hat. Stadtpfarrer Renner hat bestritten, die ihm in der Besondere des Unterlehrers Franz Heß und in der Notiz „Politik in der Schule“ in Nr. 21 des Bad. Beobachter vom 21. v. Mts. zur Last gelegten Verletzungen in der persönlich zugefertigten Form getan zu haben. Wenn ihm aber bei dem bewegten Hin und Her von Rede und Gegenrede Worte über die Lippen gegangen sein sollten, die in der Richtung der Beschwerde und der Zeitungsnotiz hätten gemeint und aufgefaßt werden können, so bedauere er das tief, „nicht so wohl weil es unklar, sondern weil es gegen die Liebe wäre.“ Auf Vorschlag des Stadtschulamts ist daraufhin eine Belegung des Beschwerdefalles in der Weise erfolgt, daß Stadtpfarrer Renner im Einvernehmen mit Lehrer Heß und in seiner Anwesenheit vor der betreffenden evangelischen Religionsklasse im Sinne der von ihm gegebenen schriftlichen Erklärung die aufgetretenen Mißverständnisse berichtigt und bestritten. Von einer genauen Festlegung der dem Stadtpfarrer Renner zur Last gelegten Verletzung, die nur durch Einvernahme von Schülern zu erzielen gewesen wäre, hat das Stadtschulamt Umgang genommen. Trotz der angezeigten Erledigung des Beschwerdefalles habe ich im Hinblick darauf, daß nach § 40 des Schulgesetzes der Religionsunterricht durch die Kirchen- und Religionsgemeinschaften besorgt und überwacht wird, die vom Stadtschulamt vorgelegten Unterlagen dem Evang. Oberkirchenrat hier als der dem Stadtpfarrer Renner vorgelegten Behörde zur Kenntnis gebracht mit dem Ersuchen, mir f. Zt. von der gegen den Stadtpfarrer Renner seitens der Kirchenbehörde ergriffenen Maßnahmen Mitteilung machen zu wollen. Der Evang. Oberkirchenrat hat in seinem Antwortschreiben vom 27. v. Mts. mitgeteilt, daß mit Rücksicht darauf, daß der Streitfall durch die Erklärung des Stadtpfarrers Renner im Einvernehmen mit allen Beteiligten erledigt worden sei, die Oberkirchenbehörde keinen Anlaß gehabt habe, die tatsächlichen Vorgänge im Einzelnen zu untersuchen. Stadtpfarrer Renner habe ebenfalls bestritten, die in der Notiz des Bad. Beobachter angeführte Verletzung getan zu haben und es liege für den Evang. Oberkirchenrat kein Grund vor, an der Wahrheit seiner Aussagen zu zweifeln, zumal auch in den 13 Jahren seiner Tätigkeit in der Diözese in Kenjungen das Verhalten des Stadtpfarrers Renner gegen Andersgläubige niemals habe beanstandet werden müssen.

Im vorliegenden Falle habe der Evang. Oberkirchenrat allerdings den Eindruck gewonnen, daß Stadtpfarrer Renner bei der Behandlung des Unterrichtsstoffes die sachlich gebotenen Grenzen nicht ganz einhalten verstanden habe. Es sei ihm deshalb das geeignete bemerkt worden.“

gez. Dr. Hellpach.

### Aus dem sozialen Leben.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die keine Besserung des Gesamtarbeitsmarktes in Baden, die schon für die Zeit vom 29. Jan. bis 4. Febr. beobachtet werden konnte, hat sich in der Woche vom 5. bis 11. Februar fortgesetzt. Zahlmäßig drückt sie sich folgendermaßen aus: Während am Sonntag, 4. Februar, auf 100 offene Stellen 1270 Arbeitsuchende kommen, beträgt die Antragsziffer am 11. Februar 1192. Betrachtet man den männlichen und weiblichen Arbeitsmarkt getrennt, so kommen bei den Männern auf 100 offene Stellen 2476 Arbeitsuchende bei den Frauen 891. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) ging weiter um 470 zurück, sie beträgt am 11. Februar 17 725 gegenüber 18 195 am 4. Februar.

Die Besserung in der metallbearbeitenden Industrie hielt an. In Karlsruhe konnten Schlosser, Wächter, auch Maschinenarbeiter unterkommen. Kupferhämmer, Sand- und Maschinenformer sind gesucht. In der Metallbearbeitenden Industrie verminderte sich der Zugang von Facharbeitern aller Untergruppen weiterhin, während die Nachfrage immer reger wurde. Besonders begehrt waren ältere Dreher und Maschinenführer sowie jüngere Baupengler. Das Kleingewerbe benötigte Elektromotoren.

Der Beschäftigungsgrad der Lederindustrie ist im allgemeinen verhältnismäßig günstig. Nur im Lahrer Bezirk wird in geringem Umfang vertrieht gearbeitet.

Im Karlsruher Bezirk hatte das Holzgewerbe Bedarf an tüchtigen Möbelschreibern. Auch Glaser und Klempner sind gesucht. Dagegen hat sich in Mannheim das Angebot von Arbeitskräften ziemlich vergrößert; es waren hauptsächlich Schreiner aus kleinen Betrieben, die zur Anmeldung kamen; demgegenüber ging die Nachfrage zurück.

Im Bekleidungsgebiete besteht verschiedentlich Nachfrage nach erfindungsreichen Großindustriellen. In Friseur- und Friseurinnen in Mannheim ist Bedarf vorhanden, in Mannheim insbesondere an Friseurinnen, die das Herren- und Damenfach zugleich beherrschen.

Das Viehfleischgewerbe ist weiter gut beschäftigt und zeigte sich aufnahmefähig.

In Mannheim war die Vermittlungstätigkeit im Gastwirtsgebiete in der Verlags- und Buchdruckerei sehr reg. Wärfelrührer, Schreiner und Klempner wurden verlangt. Im Baden-Badener Fremdenverkehr ist der Bedarf an jungen Köchen, Köchinnen und Küchenmädchen noch nicht gedeckt. Dagegen ist in allen anderen fremdenwirtschaftlichen Berufen, weil nach Beendigung der Saisonentstellungen weitere Einstellungen derzeit nicht vorgenommen werden, ein erhebliches Ueberangebot zu verzeichnen.

Nr. 49  
Schon  
Dienstags  
aus dem  
der Werke  
nen und  
nenfrüh  
er mit be  
maß, hier  
auf dem  
rger Sch  
landen au  
gangstor  
In de  
langen Me  
men und  
ihren Sch  
raden ne  
hängen i  
selbstam  
auf den M  
verbeirat  
ratete Br  
Einer der  
wache halt  
milie im  
seinen Ju  
fo, als ei  
löste.  
Vor de  
fen der N  
Rückgeho  
Stadt, der  
trieberrän  
Daneben  
sam jann  
Toten den  
einmal bei  
vor dem B  
Verände  
friedhof,  
Abordn  
Reiches,  
Tscheco-  
den große  
kamen, wa  
Fahren de  
Gegen  
des neuen  
nen Püme  
der Höhe  
in ihrer  
Lorhof A  
wachsender  
eine Beme  
zitierten P  
Wunden, i  
der den C  
der Wider  
11 Uhr de  
allen Rich  
sprach in  
nen Angef  
Er könne  
idischen  
schauen, er  
gefügten H  
ber und S  
sten erschi  
Gottes G  
sicht bald  
ringte M  
junge Wü  
dahingera  
Namen  
Gener  
Er schloß  
Bad  
V  
Gastfriger  
Der N  
lesten Ja  
starren Pa  
neue Mus  
für die  
hates An  
musidirek  
gewöhnt  
spanien G  
nungen m  
den deut  
wurgeten,  
niten der  
bin, in de  
ruffischer  
wie über

# Die Trauerfeier in Dortmund.



## Auf Halbmaß!

Wiederbelebungsversuche durch künstliche Atmung.

Dortmund, 17. Febr.

Schon in den frühen Morgenstunden des Dienstags kamen in Dortmund Abordnungen aus dem ganzen Ruhrgebiet an, Abordnungen der Werke, der Organisationen, der Gewerkschaften und Arbeitervereine. Nach dem ersten Sonnenstrahl überzog sich der Himmel, als trauere er mit dem Land. Überall fahnen auf Halbmaß, hier und da mit wehenden Trauerfahnen. Auf dem Förderturm in Gving wehte in trauriger Schwere die schwarze Fackelfahne, Gurlanden aus Lannetris trugen über dem Eingangstor brennende Grubenlampen.

In der neuen Wachsmaße stehen in vier langen Reihen 96 Särge, übersät mit Blumen und Kränzen. Männer liegen hier neben ihren Söhnen, Freunde neben Freunden, Kameraden neben Kameraden. An den Wänden hängen ihre Grubenlampen und spenden ein seltsam feierliches Licht. Vier Särge lauten auf den Namen Weder. Drei dieser Toten waren verheiratet, außerdem ist der einzige unversehrte Bruder dem Unglück zum Opfer gefallen. Einer der Rettungsmannschaften, die die Totenwache halten, erzählt, daß zwei Söhne dieser Familie im Krieg gefallen sind und daß der Alte seinen Jungen nun gestern nachmittag gefolgt sei, als ein Herzschlag ihn von seinem Leid erlöste.

Vor den Särgen zeigen die Widmungsschleifen der Kränze die Anteilnahme des ganzen Ruhrgebietes, des ganzen Landes, der ganzen Stadt, der Gemeinden, der Verbände, der Industrieverbände und führenden Persönlichkeiten. Daneben Reichs- und Staatsregierung. Langsam sammeln sich die Angehörigen, um ihren Toten den letzten Gruß zu bringen und noch einmal bei ihnen zu verweilen. Auf der Straße vor dem Bestatter sammeln sich die Vereine und Verbände zum gemeinsamen Zug zum Zentralfriedhof, wo die Gedächtnisfeier stattfindet.

Abordnungen aus zahlreichen Städten des Reiches, aus Italien, Ungarn, Desterreich, Tschechoslowakei und Courrières, wo 1906 bei dem großen Grubenunglück 1218 Menschen umkamen, waren erschienen. Man zählte über 200 Fahnen der einzelnen Abordnungen.

Gegen 10 Uhr finden sich auf dem Torplatz des neuen Zentralfriedhofes die ersten geschlossenenzüge der Leidtragenden ein. Verbände mit der Fahne, Gesangsvereine, Knappenabteilungen in ihrer alten schwarzen Tracht nehmen im Torhof Aufstellung. Kränze und Blumen in wachsender Fülle auch hier. Dann geht plötzlich eine Bewegung durch die Menge. Vier der getreteten Vergleute, teils noch mit verbundenen Wunden, betreten, gestützt auf barmherzige Brüder den Hof. Auf ihren Gesichtern liegt noch der Widerchein des furchtbaren Ereignisses. Um 11 Uhr beginnt die feierliche Einsegnung. Von allen Kirchen läuten die Glocken.

Bischof Dr. Schneider-Paderborn sprach in bewegten Worten den zahlreich erschienenen Angehörigen und Hinterbliebenen Trost zu. Er könne die lange Reihe der Särge mit den trübsamen Ueberreste der Lebenskameraden schauen, er könne das Jammern der schwer heimgegangenen Väter und Mütter, der Weiben, Brüder und Schwestern anhören und sei im Innersten erschüttert, dies anzusehen. Möchte es mit Gottes Hilfe der menschlichen Wissenschaft möglich bald gelingen, die Unfallgefahr auf das geringste Maß herabzubringen, damit nicht soviel junge Weiber und Manneskraft mit einem Tag dahingerafft werde.

Namens der evangelischen Kirche sprach Generalsuperintendent Zoeller-Münster. Er schloß sich namens der evangelischen Kirche

den obengedachten Worten den Herzen an. Auch er sei tief erschüttert über das Unglück, auch er trauere mit den Vätern und Müttern, mit den Frauen und Kindern, die ihre Väter und Brüder, Männer und Kinder herab sind. Auch er spendete den trauernden Angehörigen mit warmen Worten Trost und bewies sie nicht ohne dessen Willen kein Haar von unserem Haupte fällt.

Für die Stadt Dortmund führte Oberbürgermeister Dr. Eichhoff aus: Die Hinterbliebenen zu trösten und zu stützen ist ein Herzensbedürfnis. Wir fühlen mit ihnen und mit uns trauen zahllose andere Gemeinden im deutschen Vaterlande, die mich beauftragt haben, die Hinterbliebenen ihrer Anteilnahme zu versichern. Wir werden sie nicht vergessen, wir werden sie nicht verlassen, siegen muß über allem die Liebe!

Im Namen des Ausschusses und des Vorstandes der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. widmete Direktor Salomonson den hingerichteten Bergknappen einen warm empfundenen Nachruf. Als Vertreter der preussischen Staatsregierung betonte Handelsminister Siezring, es werde die Aufgabe der preussischen Staatsregierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß von den unglücklichen Hinterbliebenen Not und Sorge ferngehalten werden. — Reichstagsabgeordneter Kaufmann sprach für die Ruhrbergarbeiterverbände. Er knüpfte an die schweren Stunden und Tage für die betroffenen Familien an und sagte weiter, es müsse alles geschehen, um die so gefährlichen Schlagmetter fernzuhalten und den gefährlichen Kohlenstaub soviel wie möglich zu vernichten. Es sei fraglich, ob die Subfrage jemals beantwortet werden könne. Die organisierten Bergarbeiter aller Verbände würden alles tun, um Aufklärung zu bringen und für die Zukunft Vorbeugungsmassnahmen zu finden. Die Toten, so schloß der Redner, flagen nicht nur an, sie mahnen die Regierung, den Reichstag, den Landtag, die Bergbehörde und die Unternehmungen an ihre Pflicht, damit mehr als bisher auf die Wünsche und berechtigten Ansprüche der Bergarbeiter Rücksicht genommen wird.

Mit einem Gesangsvortrag schloß die Feier in der ersten Mittagsstunde.

## Das furchtbare Unglück von Dortmund

macht schnelle Hilfe für die von unermesslichem Leid betroffenen Hinterbliebenen zur gebieterischen Pflicht. Hier gilt es, den deutschen Vergleuten, von deren Wirken in so hohem Maße das Schicksal des Vaterlandes abhängt, zu zeigen, daß das Herz des deutschen Volkes ihnen tiefes Verstehen und aufrichtige Teilnahme entgegenbringt.

Wir entschöpfen sicherlich der Meinung unserer Leserschaft, indem wir hiermit eine Sammlung für die Hinterbliebenen der verunglückten Vergleute eröffnen und setzen uns an die Spitze mit einer Spende von 100 Mark. Gebe jeder nach seinen Kräften.

Die eingehenden Beträge werden zur sofortigen weiteren Verwendung an die Zeitung „Trenonia“ in Dortmund abgeführt, welche sie schnell und sicher an die richtige Adresse leiten wird.

Redaktion und Verlag des Badischen Beobachters.

## Der richtige und der falsche Weg.

Von unserem Londoner Vertreter. London, 14. Februar.

Trotz unablässiger Bemühungen und Konzeptionen will es England nicht gelingen, Frankreich, das europäische Enfant terrible, zu Ruhe und Vernunft zu bringen. Angehts der Erfolglosigkeit der bisherigen Versuche steht man hier mit wachsender Beunruhigung der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen. Die französischen Staatsmänner gebärden sich, um noch einmal das Bild Garpins zu gebrauchen, wirklich wie die Kinder, die damit drohen, den ganzen Teufel umzustößeln, wenn ihnen nicht immer neue und größere Zuckerkuchen mit der Aufschrift: Sicherheit gegeben werden. Daß Frankreich die Sicherheitsfrage am ganz falschen Ende ansieht und mit grundfalschen Methoden betreibt, gibt man hier auch in den Kreisen zu, die sonst das weitgehendste Verständnis für seine Wünsche zeigen. Nach dieser Richtung hin enthält die freikonserervative Wochenchrift Spectator in ihrer heutigen Wochenrundschau Ausführungen, die wegen ihres überraschenden Premittes höchst bemerkenswert sind. Das Blatt sieht mit allen vernünftigen Menschen den einzigen Weg, die moralische Abriistung in Deutschland herbeizuführen, darin, Deutschland gut zu behandeln. Es dürfe keine Politik gegen Deutschland getrieben werden, die den Militarismus und den Raubkrieg züchte, Frankreichs einzige zuverlässige Sicherheit könne nur in einem friedlichen und nach Möglichkeit zufriedengestellten Deutschland gefunden werden. Dann heißt es weiter:

„Aber wie kann Deutschland im Namen der Vernunft friedlich und zufrieden bleiben, wenn es die Lande am Rhein in den Händen der Franzosen sieht und weiter sieht, daß diese die Engländer tatsächlich zwingen, die größte Handelsstadt Deutschlands, Köln, weiter besetzt zu halten? Französische Bajonnette auf deutschem Boden und Erinnerungen, wie die an die Ruhrbesetzung und die Versuche, durch französische agents provocateurs deutsche Schwindelrepubliken im Rheinland aufzurichten, das sind die Dinge, die die französische Sicherheit zerstören. Wenn Frankreich nur einmal den Mut fände, edelmütig zu sein, dann würde es die gewünschte Sicherheit erhalten.“

Angenommen, Frankreich würde führend mit dem Vorschlag hervortreten, daß es Oesterreich, natürlich unter Einschluß Tirols, cededatet werden solle, wenn es das wünsche, dem deutschen Staatenbund beizutreten. Das würde wohl nominell die deutsche Stärke erhöhen, aber tatsächlich dazu helfen, Frankreich Sicherheit zu geben. Den Deutschen würde damit etwas gegeben werden, was ihre Gedanken von den ungeheilten Wunden abziehen würde. Es würde damit einem der ärmsten Staaten in Europa geholfen und gleichzeitig dem deutschen Staat eine Bevölkerung einberleibt werden, die keine Gefühle der Verärgerung oder der Rache gegen Frankreich hat. Das ist der Weg, auf dem Frankreich wahre Sicherheit finden würde. Aber leider sieht es so aus, als ob Frankreich unter Sicherheit etwas ganz anderes als wir verstehen. Wenn man nach den Reden seiner Politiker und nach den Leitartikeln seiner Publikisten urteilen soll, dann bedeutet Sicherheit für Frankreich nur ein anderer Weg, um zur Herrschaft über den europäischen Kontinent zu gelangen.“

Das ist die Sprache der Vernunft, die den richtigen Weg weist. Der Verfasser scheint selbst die Doffnung ausgegeben zu haben, daß ihn Frankreich schließlich doch noch gehen wird. Wenn man die jüngsten Stimmen aus Paris hört, ist dieser Optimismus nur zu begründet. So bringt heute der Manchester Guardian einen Marmuf aus Paris, der unter der Ueberschrift: Die französischen Bemühungen um die Rheingrenze wiedergegeben wird. Nach dem Pariser Vertreter des Blattes erklären jetzt verantwortliche französische Stimmen ganz offen, daß, wenn die englischen Kruppen Köln verlassen, französische Truppen im selben Augenblick ihre Stellung einnehmen werden. Damit würde sich die Hoffnung, der noch vor kurzem an einer heiligen zuständigen Stelle Ausdruck gegeben wurde, daß die Franzosen im Falle

der Räumung Kölns durch die Engländer „vernünftig“ sein würden, sich als trügerisch erweisen. Der englische Korrespondent schreibt weiter, daß die Franzosen sich durchaus bewußt seien, keinen irgendwie stichhaltigen Rechtsgrund zu haben und bereuete auf eine Neuerung der gestrigen Information, wo offen heraus gesagt sei, daß Frankreichs einzige Rechtfertigung sein Bedürfnis sei und daß es keine Rechtsgrundlage habe. Das stimmt durchaus mit der Forderung des sozialistischen „Baziffisten“ Boncour überein, daß die Vertragsbestimmungen frei, d. h. nach den Bedürfnissen Frankreichs ausgelegt werden müßten. Man hofft nach dem Pariser Vertreter des Manchester Guardian in Paris, alle Schwierigkeiten durch eine „Kombination von Manövern und Propaganda“ zu überwinden. Das Manöver soll unter der bewährten Leitung Fochs, „des großen Protagonisten der Rheingrenze und der Vöslung des Rheinlandes von Deutschland“, von dem Versailler Ausschuss, an den der Kontrollbericht bekanntlich zur Neuerung verwiesen werden soll, ausgeführt werden. Sein Gutachten soll dann zum Anlaß und Gegenstand einer weltweiten Propaganda gemacht werden, wobei man auch auf die Mithilfe gewisser englischer mit Foch haltenden Persönlichkeiten hofft. Wenn man sich gewisser von mir unlängst zitierter Neuerungen des Oberleutnants Kepington und des Feldmarschalls Robertson erinnert, wird man einen Anhaltspunkt dafür haben, wo diese englische Hilfe gesucht und gefunden wird. Wenn dann dieser, wie der Manchester Guardian sich ausdrückt, „vorbereitete Propaganda-ausbruch“ seine Wirkung getan hat, spekuliert man darauf, daß die englische Regierung „weniger Schwierigkeiten“ haben wird, sich den französischen Rheinplänen anzupassen.

Man wird diese engl. Stimme aus Paris, die in einem ersten und wohlunterrichteten englischen Organ laut geworden ist, nicht einfach damit abtun können, daß man sie als reine Konstruktion etikettiert. Wenn man noch einmal die ganze Entwicklung der Räumungs- und Abriistungfrage, wie sie sich in den letzten Wochen vollzogen hat, zusammen mit den Regierungs- und Presseäußerungen der Gegenseite an sich vorüber ziehen läßt, wird man in der Darstellung des Pariser Vertreters des Manchester Guardian den Schlüssel des reiflosen Verständnisses für alles finden. Nach kurzer durch die Londoner Konferenz markierter Atempause nimmt Frankreich seine latent durch die Jahrburde sich hinziehende Rheinoftenside mit neuen und doch alten Mitteln wieder auf.

Vor dieser Laftacke steht Deutschland und steht die ganze Welt. Wir haben jetzt die Aufgabe, uns zur Gegenoffensive zu rüsten und, nicht dem unbeherrschbaren Frankreich, sondern der übrigen Welt klar zu machen, was auf dem Spiele steht. Wir werden zu zeigen haben, daß es keinen Frieden geben wird, solange Frankreich nicht davon abläßt, seine Hand nach dem Rhein auszustrecken.

## Deutschland.

Bauernvereine zur Zollfrage.

Auf der Tagung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine in Berlin, die von zahlreichen Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien des Reichstages und der Landtage und von Vertretern aller Bauernvereinsorganisationen besucht war, wurde nachstehende Entschliessung gefaßt:

Die deutschen Bauernvereine haben seit über einem Jahre wiederholt ein lüdenloses Zollsystem gefordert, das sich aufbaut auf die in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege abgeglichene Relation der einzelnen Volksteile an. Demgegenüber befinden wir uns immer noch in einer wilden Zollwirtschaft. Die deutsche Wirtschaft muß auf diese Weise gewaltig ruiniert werden. Die Bauernvereine verlangen daher von der Regierung und Parlamenten, daß sofort mit der gegenwärtigen Zollwirtschaft halt gemacht wird. Die Bauernvereine können es nicht länger dulden, daß die Industriezweige einseitig weiter ausgebaut und erhöht werden, ohne daß der andere große Zweig der Wirtschaft, die Landwirtschaft, die an Bedeutung für das gesamte deutsche Volkswesen der Industrie nicht nachsteht, geschädigt wird. Sie verlangen daher, daß die gesetzliche Regelung über die gesamten Zollfragen einheitlich geschieht ohne Vorwegnahme irgend eines Wirtschaftszweiges und daß dabei sofort die Landwirtschaftlichen Zölle nach den eingangs genannten Grundfahnen in das entsprechende Verhältnis zu den Industriezöllen gebracht werden.

Die deutschen Bauernvereine fordern von der Reichsregierung daher mit allem Nachdruck, daß

## Badisches Landestheater.

VI. Sinfoniekonzert.

Gastdirigent: Rudolf Schulz-Dornburg (Dachau).

Der Name des Gastdirigenten, der in den letzten Jahren sich mit seiner ausgeprochenen starken Persönlichkeit in vorderster Front für die neue Musik einsetzte, und das Programm werten für dieses Konzert schon von vornherein lebhaftes Interesse. Der Weg des Generalmusikdirektors Rudolf Schulz-Dornburg gewählten Programms führte in einer interessanten Gegenüberstellung markanter Erfindungen moderner Produktion von Regner dem in der deutschen kontrapunktischen Tradition fest verwurzelten, über Bernhard Selles, den Impresario der Klanggestaltung, zu Alexander Strjabin, in dessen Schöpfungen sich die Elemente russischer Musik mit denen der neufranzösischen, wie überhaupt westlichen Entwicklung mischen.

Regners op. 108 „Sinfonischer Prolog zu einer Tragödie“, leitete den Abend ein. Die neben den (im vorletzten Sinfoniekonzert unter Ferdinand Wagner aufgeführten) Hüller-Variationen größte Orchesterwert Regners, die wir endlich auch in Karlsruhe zu hören bekamen, ist trotz mancher fast akademisch anmutenden Konstruktivität ob des gewaltigen Ringens um eine Ausdrucksform des fernab vom Programmmusikalischen absolut Tragischen von einer staunenswerten Eindringlichkeit und blutvoll lebendig. Vorausgesetzt allerdings, daß das Werk von einem Musiker interpretiert wird, der wie Schulz-Dornburg bis in die letzte Variation gleichsam aus sich heraus erlebt. Von zwei kleinen Hyperbationen abgesehen, war bei der Wiedergabe der eminent schwierigen, zerflühten Natur Orchester und Dirigent eine geschlossene Einheit, die sich jeder leisen Bewegung fügte. So nur konnte das große Liniengefüge des Wertes in der Klarheit und padenden Eindringlichkeit vor uns ausgebreitet werden, wie des Schulz-Dornburg in höchst idealer Weise gelang.

Zwischen den beiden Capellern des Abends stand an guter Stelle die interessante, im Barock ihrer raffinierten Wirkungen wie in den bizarren Instrumentationseffekten gleich reizvolle Impression Selles „Gesichte“. Das Werk will genommen werden als das, was es ist: unmittelbar unter dem Eindruck kühn und bunt phantastisch Erlebnis hingeworfene Skizzen. Daß sie von blendender, farbiger Wirkung sein können, erwies die von einer beschränkten Wegsamkeit und feiner Nuancierung bittere Wiedergabe durch Schulz-Dornburg.

Den Abend beschloß eines der interessantesten Werke der neuen Musik: Strjamins „Le poeme de l'extase“. Es ist ebenso schwer, hier in der Kürze eines Berichtes ein ungefähres Bild zu geben von den tausenderlei Strömungen, Anschlüssen, Beziehungen, Parallelen, den Elementen einer am Rande des Chaotischen hingehenden musikalischen Entwicklung, wie eine andeutende Vorstellung des wilden Rauschs an unfabares inneres Geschehen illustrierenden Farben zu geben, der durch dies orgiastische Werk tobt. Die

Blut einer „Ekstase, die Zeit und Raum vernichtet“, raft in gewaltigen Strömen, und wir müssen uns — bisweilen gefühlsmäßig widerstrebend, bisweilen auch mit ästhetischen Vernunftgründen remonstrierend — dem glühenden Atem des Werks hingeben. Was Schulz-Dornburg mit der Verlebendigung dieses Werkes uns gegeben hat, das gehört zum Stärksten und Besten, dessen man sich hier in Dirigentenleitung überhaupt erinnert. Im Aufbau des in immer neuen Stationen der Steigerung zum ekstatischen Gipfelpunkt anstürmenden Werks, in der Zusammenschweißung der aneinandergereihten Elemente offenbarte sich eine musikalische Kraft von starker geistiger Potenz. Das Orchester, das unter solcher Führung die grandiose Steigerung dieses Werks mit einer prachtvollen Intensität und Ausgediegenheit der Stimmen nahm, bewies, welcher Leistung es unter einer großen Führerhand fähig ist. Es nahm mit Recht an dem Beifallsturm teil, mit dem ein gut bedachtes Haus Schulz-Dornburg dankte. S. R. M.

durch beschleunigte Verabschiedung eines Gesetzentwurfes betreffend die Wiederherstellung der Agrarverhältnisse die derzeitige vollständige Schließung der deutschen Landwirtschaft beseitigt wird.

1. Süddeutsche Partei-Arbeiterkonferenz der kommunistischen Partei.

Stuttgart, 17. Febr. Am Sonntag fand hier die erste Süddeutsche Partei-Arbeiterkonferenz der kommunistischen Partei statt, zu welcher 295 Vertreter aus Württemberg, Baden, Hessen, Bayern und dem Rhein-Saargebiet erschienen waren.

Neue Kommunistenverhaftungen.

Berlin, 17. Febr. Wie der „Lokalanzeiger“ aus Mannheim berichtet, befinden sich unter den in Stuttgart verhafteten Kommunisten der im Tschefabrosch als Mitglied der „Fünfköpfer“ genannte Abgeordnete Bied, ferner der bayerische Landtagsabgeordnete Schlaffer. Die Abgeordnete Ruth Fischer konnte sich der Verhaftung entziehen.

Drei Deutsche in Moskau von der Tscheka verhaftet.

Berlin, 17. Febr. In dem Vorgehen der Moskauer Tscheka gegen die drei Deutschen, die schon seit etwa vier Monaten verhaftet worden sind, erfährt die Telegraphen-Union, daß die Anschuldigungen gegen sie von den deutschen Stellen nachgeprüft werden. Es wird sich darum handeln, Entlastungszeugen zu beschaffen. Ueber die Angelegenheit schweben ununterbrochene amtliche deutsch-russische Verhandlungen.

Chronik.

Baden.

Durlach, 17. Februar. (Bad. Fränkling.) Am Sonntag vor-mittag von halb 11 Uhr ab war das vorbereitende Komitee für die am 9., 10. und 11. Mai d. J. erstmalig hier stattfindende Kameradschafts-tagung der früheren Angehörigen der ehemaligen Bad. Train-Abteilung Nr. 14 und der aus hier herborgegangenen Formationen zu einer Sitzung in Schenkers Weinshube zusammengekommen.

Flettner's Werdegang.

Vom katholischen Lehrer zum Ingenieur. — Der bedeutendste Erfinder der Gegenwart.

Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Kulturländern der Erde hat die Erfindung des Walzenjagels (Motor), die allergrößte Beachtung gefunden, und schnell ist der Name des genialen Erfinders der gesamten zivilisierten Welt bekannt geworden.

Anton Flettner war länger als 10 Jahre katholischer Volksschullehrer, seine Ausbildung erhielt er in den Jahren 1908 bis 1906, wie wir der „Germania“ entnehmen, auf dem katholischen Lehrerseminar zu Fulda.

Nachdem Flettner im Herbst 1906 die Lehrerbildungsstätte Fulda mit dem Reifezeugnis verlassen hatte, erfolgte seine erste Anstellung in Pfaffenwiesbach (Rassau); berufsrechtliche Probleme hielten ihn auch hier in Banne, vor allem die Frage der zweimöchigen und sichersten Eisenbahnwagenkuppelung.

Nach Beendigung des Krieges verließ Flettner den Schuldienst; was er schon früher geahnt und gefühlt, war ihm mittlerweile klares Bewußtsein geworden: Nicht der Schule gehörten seine Arbeitskraft, sein Geist und seine Liebe, sondern der Wirtschaft und Technik.

Nicht Schriftsteller war Flettner, nicht ein entlaufener Jögling eines Lehrerseminars, nicht ein verborbener Schullehrer, sondern katholischer Volksschullehrer und zwar über zehn Jahre lang.

Mannheim, 17. Februar.

(Errichtung einer elektr. Straßenbahn.) Dieser Tage fand eine Besprechung zwischen Vertretern der Elektrifizierungskarlsruhe und Mannheim einerseits und der Stadtverwaltung andererseits statt über das Projekt einer elektr. Straßenbahn-Verbindung mit Mannheim-Sandhofen.

Gernsbad, 17. Februar. (Eine geheimnisvolle Sache.) Seit längerer Zeit wurde die Tochter einer hiesigen Familie vermißt. Die Eltern der bisher in Baden-Baden in der Pension Jäger in Stellung befindlichen Frida Möhmann aus Loffenau erhielten nun heute über die Vermißte die erste Nachricht aus Berlin.

Lobmooß, 17. Februar. (Eine furchtbare Tat) geschah hier: Ein Fremder erschlug eine Dame und verübte dann Selbstmord. Dazu ist noch zu melden, daß zwischen den beiden betreffenden Personen seit Jahren ein Liebesverhältnis bestand, das aber später gelöst wurde.

barten Sanatorium befindliche Dame zu sich und erschlug sie nach kurzem Wortwechsel und darauf sich selbst. Das bei der Leiche aufgefundenen Testament bestimmt, daß die Eltern des Täters erst nach seiner Beerdigung auf dem Lobmooßer Friedhof benachrichtigt werden sollten. Die Leiche der Dame wurde nach Offen gebracht.

Schneefälle im Schwarzwald.

Der ungewöhnlich warme vergangene Sonntag brachte gegen Abend noch eine jener unerwarteten Ueberrassungen dieses Winters. Bei sehr rasch herabsinkender Temperatur und erst langsam, dann steil ansteigendem Luftdruck kam es zu kräftigen Niederschlägen, die bis 700 Meter herab in Form von dichtem Schnee fielen.

Die Mächtigkeit der Schneedecke stimmt nicht mit den gefallenen Niederschlägen überein, da mindestens die Hälfte der niedergegangenen Schneemenge ein Opfer des wässrigen Bodens geworden ist. Man kann in Gebieten, wo die alte Schneedecke abgeschmolzen war, mit etwa

10, höchstens 15 Zentimetern rechnen. Im Hochschwarzwald hat der Schneefall die alte Schneedecke etwas verstärkt und bei der gleichzeitig rückgängigen Temperatur auch verbessert, so daß in den höchsten Lagen mit einer Schneehöhe von etwa 1/2 Meter zu rechnen ist.

Im Neckar ertrunken.

Heidelberg, 17. Febr. In der Bauwelle des Neckarkanals in der Nähe von Hochendorf ereignete sich am letzten Samstag ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Vier Arbeiter waren damit beschäftigt, etwa 50 Ztr. Zement auf einem Pontonboot auf das linke Kanalufer zu transportieren.

Schwere Stürme.

Wien, 17. Februar. Die Sturmflut, die gestern über ganz Oesterreich niederging, hat große Störungen in Telephon- und Telegraphenverkehr mit sich gebracht. Besonders die Telephonverbindungen nach dem Westen (Salzburg, Innsbruck, Brixen, Wien) sind seit gestern vormittag gestört.

Paris, 17. Febr. Aus ganz Frankreich werden heute heftige Unwetter gemeldet. Auf sämtlichen Gebirgen hat es seit 12 Stunden ununterbrochen geschneit. Auf den Hochplateaus erreichte der Schnee eine Höhe von 40 Zentimetern. Im Aisne-Departement hat der Schneesturm großen Schaden angerichtet.

Auch in Spanien schneit und regnet es seit gestern ununterbrochen. In der Provinz Bigo ist das Dach einer Kaserne unter dem Druck des Schnees eingestürzt. Zahlreiche Schiffe haben sich vor dem Sturm in die Häfen geflüchtet.

Kirchliche Nachrichten.

Der allen bekannte Abgeordnete Gröber hat in der Nationalversammlung zu Weimar 1919 den Ausspruch getan: Ohne religiös-sittliche Erneuerung sind alle Zukunftshoffnungen unseres Volkes vergeblich. Wie wahr dieses Wort ist, haben uns in letzter Zeit die Verarmt- und Ruissierflutkatastrophen und die Haarmann- und Angerstein-Affären zu Genüge gezeigt.

Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Inna Maria. Georg setzte sich auf einen Meilenstein. Ihm war sonderbar zu Mute. So oft er an Kathrine Gleich dachte, meldete sich sein Herz in bis dahin ungekannten Schlägen. Es war ein seltsames Gefühl, er hätte Kathrine bei sich haben mögen und ihre Hand fassen.

plötzlich hielt er Kathrine in seinen Armen und küßte sie. „Kathrine,“ stammelte er verwirrt, „ich glaube, ich habe dich sehr lieb.“ „Nun bist du mein Schatz,“ frohlockte sie. „Ich schreibe dir des Sonntags einen Brief und backe dir einen kleinen Kuchen.“

An der lebhaften, beschwingten Art, mit der Georg seinen Spaziergang schloß, merkte der Schäfer, daß er ein Erlebnis gehabt haben mußte. Nur nicht fragen, dachte er, sonst ist das Barte davon, das Wunder seiner ersten Liebe muß jeder für sich selbst erleben.

etwas so Wunderliches an einem Waldspaziergang zu finden. „Das können wir auch nicht, Mämmische, dazu muß man jung und — verliebt wollen er sagen —, froh sein. Mit zwanzig Jahren sieht die Welt sich anders an als mit fünfzig, und wo du Dornen fühlst, sehen die Jungen nur Rosen.“

Mit Georg ging eine Wandlung vor: er dachte sich mehr und mehr dem Großstadt-leben an, Paul Trebitsch war ihm, ohne daß beide es wußten, darin Vorbild. Käthe Sobinger merkte die Veränderung zuerst. „Unter Geora wird ein Cavalier,“ prophezeigte sie, „so glücklich und zuvorkommend wie er ist, man sollte gar nicht glauben, daß er vom Lande stammt.“

Frau Käthe, Lebenserfahren, bezweifelte es, an Paul würde Georg schon eine Enttäuschung erleben. Der hatte ihn anerkennend, die vielen Bücher sich zu kaufen, Schiller und Goethe und Shakespears und wie sie alle hießen. Für solches sein gutes Geld wegwerfen! Ihr Wilhelm war ein tüchtiger Metzger geworden auch ohne das. Was sollten diese Kinderleichen überhaupt? Wollte er später vielleicht seiner Frau daraus vorlesen? Dieser Trebitsch brachte ihm alle die Kunde wippen bel. Es war eigentlich, Georg hatte über alles seine eigenen Ansichten.

„Es ist ein Paket für Sie da, Georg,“ begrüßte sie den Eintretenden. „Ich habe es auf ihr Zimmer gestellt. Es ist gewiß etwas sehr Schönes. Kathrine Gleich ist der Waisen-der.“ „So?“ Georg lief erfreut die Treppe hinauf. Im Paket oben auf lag ein Lannenzweig und ein Brief, sein säuberlich in feines Seidenpapier gewickelt, eine kleine Sanduhr, es folgte rotbackige Leffel, die würzigen Seimattbuter enthielten, und ein Gruß vom Schlichtstift. Nein, diese Kathrine, dachte Georg gerührt und öffnete den Brief. Sie schreibt „Du“ mit keinem Anfangsbuchstaben, und dann verweist sie das Komma. Georg ließ den Brief sinken. Nur, daß wird sie noch lernen denn seine Frau mußte einen feierlichen Brief schreiben können. (Fortsetzung folgt.)



### Auch ein Stück „Gegenreformation“.

Landauf Landab reifen heute die Agenten des Evangelischen Bundes und malen dem evangelischen Volk in allen Farben das Gespenst der katholischen „Gegenreformation“ an die Wand. Mit Bienenfleiß suchen sie jede Lebensäußerung der katholischen Kirche, die über das Maß der früheren Knechtung katholischer Lebens hinausgeht, zusammen, und reden von römischer Annäherung, von Weltgeltung Roms, von jesuitischer Herrschsucht und anderen ähnlichen Dingen.

Dabei wird ganz vergessen, daß heute in ungeheurerem Ausmaß das protestantische Sektentum in katholische Landesteile seine Propaganda ausgedehnt hat und gestärkt mit amerikanischem Geld seine Werbetätigkeit im Großen und im Kleinen, in Wort und Schrift entfaltet. Dabei scheint es ganz selbstverständlich zu sein, daß in Reden und Flugblättern und Traktäthen die katholische Kirche und ihre Diener in der schlimmsten Weise verleumdet und beschimpft werden.

Aber auch sonst entfaltet der Protestantismus unter Katholiken seit einiger Zeit da und dort eine merkwürdige regsame Werbetätigkeit. Hier sei nur auf ein Beispiel hingewiesen. Die Stadt Karlsruhe hat seit geraumer Zeit ein interkonfessionelles Jugendheim geschaffen, das sie den verschiedensten Jugendbünden aller Richtungen zur Verfügung stellt. Wir wissen nicht, wie es kommt, daß dieses Jugendheim fast nur von Protestanten besorgt und geleitet wird. In diesem Jugendheim haben auch Quirborn-, Jungborn- und Neudeutschlandgruppen ihr Versammlungslokal gefunden. Auf Weihnachten wurden diese zu einer gemeinsamen mitternächtlichen Weihnachtsfeier aller in dem Heim untergebrachten Bünde eingeladen. Aus richtigem katholischen Empfinden heraus, haben aber die katholischen Jugendgruppen dieser Einladung zu folgen abgelehnt. Darauf erhielten sie am 29. Dezember 1924 vom evangelischen Jugendpfarrer S. Kappes folgendes liebenswürdiges und väterlich besorgtes Schreiben:

„Liebe katholische Brüder und Schwestern! Das offene und vertrauensvolle Wort Eures Briefes vom 23. 12. mit dem Ihr Euer Fernbleiben von der mitternächtlichen Weihnachtsfeier begründet, fasse ich nicht auf als das Ende einer Auseinandersetzung, sondern als den Anfang einer Aussprache über die große Frage „Jugendbewegung und Christus“. Es wäre schön, wenn der Briefwechsel zu einer Aussprache im kleineren Kreise führen könnte, in der wir uns aus gegenseitigem Vertrauen klären, vertiefen und befruchten könnten! Ich schreibe Euch persönlich, noch bevor ich mit den andern Freunden der Jugendbewegung mich besprechen konnte, die eigentlich viel mehr als ich, als die Anreger und Träger der Christmette anzusehen sind. Vielleicht ist es nur Euch den Mitgliedern der katholischen Kirche gegeben, aus einer vollkommenen Geschlossenheit, aus einem „Wir“ heraus zu sprechen. Von uns anderen, von denen jeder durch ein anderes zeitliches und religiöses Schicksal bestimmt ist, kann ein jeder, selbst wenn gleiche Konfessionalität bestehen würde, nur für sich selbst Zeugnis ablegen. In unserer Feier trugen verschiedenartige Gruppen der Jugendbewegung ihr Bestes vor, das sie für Weihnachten haben; gemeinsam waren nur die bekannten Lieder und ein zusammen gesprochenes freies Gebet. Wir empfanden in dieser anwesentlichen Anwesenheit mit dem gegenwärtigen Christus ein lebendiges Symbol für die Dinge an ihm. Ich studiere z. B. das kath. Sammelbuch „Kirche und Welt“ (Diederichs), in dem ja auch Euer Führer geschrieben. Viellecht eignet es sich als Grundlage für eine Aussprache? Ihr wißt, daß auch wir Evangelische, wie Ihr Katholiken, die „Eine heilige allgemeine christliche Kirche“ im Glaubensbekenntnis bekennen. Sie ist für uns essentielle Realität, so wirklich wie der auferstandene Christus, dessen Leib sie ist. Alle Formen aber, in welche diese unsichtbare Kirche im Laufe der Jahrhunderte gefaßt wurde, sind dem Gerichte der Vergänglichkeit unterworfen, die Kultusformen ebenso wie die Organisationen. Diese allgemeine heilige Kirche ist die Verewigung Gottes auf Erden h'n entfacht hat. Immer wieder wird der Stimm der lebendigen Gottesgeistes die Formen erfüllen und zu schwache Formen zerbrechen müssen. Wie der Mensch so muß auch die sichtbare Kirche immer wieder durch das „Sterb und werde“ durch die Wiedergeburt hindurchgehen.“

In diesem Stil geht der Werbebrief weiter. Dann heißt es zum Schluß:

„Das Euch eine Christfeier ohne heilige Messe etwas Wesenloses ist, da ihr der Hinweis auf den handelnden gegenwärtigen Gott fehlen würde, verstehen und ehren wir. Ob noch einmal vor der endzeitlichen Gründung der Herrschaft Christi auf Erden, vor dem Herankommen des Reiches Gottes in das Diesseits, eine äußere Einigung der getrennten Glieder der Kirche Christi im Willen Gottes liegt, wissen wir nicht. Über das Bewußtsein, daß wir alle Glieder desselben lebendigen wirkenden geistigen Leibes sind, an dem Christus das Haupt ist, also alle Glieder der „einen heiligen, allgemeinen, christlichen Kirche“, soll uns zu gemeinsamem Werten in gegenseitigem Vertrauen und Vertrauen im-

mer vereinigen! So grüße ich Euch herzlich mit dem Gottesgruß Euer (gez. S. Kappes). Wenn man solche Dinge beobachtet, so steht man unwillkürlich unter dem Eindruck: Man redet da und dort in evangelischen Kreisen vom Vormarsch der katholischen Gegenreformation und den Machtgelüsten Roms und treibt unter der Decke evangelische Propaganda in katholischen Kreisen. In einer anderen Stadt wurden katholische Schüler zu den evangelischen Bibelkränzchen beigezogen. Wir können dies nicht verhindern und auch nicht verbieten. Die Kirche, wie jede Weltanschauung, hat freie Entfaltungsmöglichkeit. Aber unser katholisches Volk soll wissen, woran es ist. Eltern und Erzieher sollen ein wachsames Auge haben. Und das leidenschaftliche Verbot von der „Gegenreformation“ soll durch solche Einzelheiten ins rechte Licht gestellt werden.

Wir wissen nicht, welche Antwort der Jugendpfarrer S. Kappes von seinen „lieben katholischen Brüdern und Schwestern“ erhalten hat. Wir haben aber das Vertrauen zu den Quirborn-, Jungborn- und Neudeutschlandgruppen in der Landeshauptstadt, daß sie das Liebeswerben des Herrn Kappes recht verstanden haben. Allerdings kann man sich nach diesem Vorfall mit Recht fragen, ob das „neutrale“ städtische Jugendheim der rechte Platz ist, wo katholische Jugendgruppen ihr Heim finden.

## Badischer Landtag.

### Gaushaltsausführung.

In der Gaushaltsausführung des Landtags am Dienstag vormittag wurde zunächst ein Zentrumsantrag behandelt, der sich auf die Aufwertungsfrage bezieht. Das Abstimmungsergebnis war folgendes: Punkt 1 wurde angenommen mit allen Stimmen bei Enthaltung des Grund- und Hausbesizers. Der Gaushaltsausführer stellte sich auf den Standpunkt, daß eine individuelle Behandlung der Aufwertungsfrage wiederum zugelassen werden müsse und möglichst auch der Normalfall der Aufwertung gegenüber der 3. Steuernotverordnung erhöht werden müsse. Bei Stellung dieser Frage kam es zu einigen Seitenhieben gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die ja bekanntlich in der Aufwertungsfrage während des Wahlkampfes große Versprechungen gemacht haben. Der Reichsminister Dr. Matthes (D. V.) bemerkte gleich eingangs bei seinem Bericht, daß die Aufwertungsfrage nicht mehr so hoch geschätzt werden könne, wie früher, nachdem jetzt das statistische Zahlenmaterial vorliege. Der Redner der Deutschnationalen betonte, es müsse etwas geschehen in der Aufwertungsfrage, er habe aber auch stets im Wahlkampf gesagt, daß neben vielen Vertretern der Aufwertung es auch viele Vertreter der Abwertung gäbe. Das deutsche Volk dürfe durch diese Frage nicht in zwei Lager gespalten werden. Punkt 2 des Zentrumsantrags, der die Verpflichtungen der Gemeinden als Bürger der Sparkassen etwas verschärfen will, fand Annahme mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Soz.). Ein Vertreter der Sozialdemokratie wandte sich gegen diesen Teil des Antrags, da er den Gemeinden keinerlei weitere Lasten aufzulegen wolle.

### Gemeindepolitik.

Neuburgweier, 17. Febr. Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl erhielten an Stimmen: Altkirchmeister Wächter 146, Gemeindevater Hettel 81, Gemeindevater Heiß 41, Landwirt Aug. Schneider 37, Kreisbaumwart Schilling 24. Am 11. Sonntag ist ein zweiter Wahlgang nötig.

## Karlsruhe

den 18. Februar 1925.

### Der Volkstrauertag am 1. März.

Der Volkstrauertag des Deutschen Kriegsgräberfürsorge v. B., Landesverband Baden, hat für die Vorbereitung des Sonntag, den 1. März 1925, zum Gedächtnis an die Kriegstoten in der badischen Landeshauptstadt durchzuführenden Volkstrauertages einen Arbeitsausschuß eingesetzt, der dieser Tage eine Sitzung hielt und folgendes beschloß: Der Trauertag soll am Vorabend, Samstag, den 28. Februar, um 7 Uhr durch ein viertelstündiges Läuten aller Kirchenglocken der Stadt eingeleitet werden. Am Sonntag sollen die öffentlichen und, soweit als möglich, auch die privaten Gebäude Halbmaße flagen. Die Sonntagsvormittags-Gottesdienste in allen Kirchen werden im Zeichen des Volkstrauertages stehen; beim Ausgang aus den Kirchen werden Sammlungen zugunsten der deutschen Kriegsgräberfürsorge veranstaltet werden. In der Zeit von 1 Uhr bis 1 1/2 Uhr nachmittags sollen wiederum alle Kirchenglocken läuten. Für den Nachmittag (3 1/2 Uhr) ist auf dem Kriegsgräberhof eine öffentliche Gedächtnisfeier vorgesehen, zu der jedermann Zutritt hat. Durch die Zeitungen werden noch Einladungen hierzu ergehen. Die Feier wird bestehen aus Musikvorträgen der Kapelle der Vereinigung badischer Polizeimajoren, aus Gesangsvorträgen der Karlsruher Sängervereinigung und einer Ansprache eines Geistlichen. Nach der Ansprache werden Kränze niedergelegt, und zwar nur durch die Regierung, die Stadtver-

waltung und den Volkstrauertag für Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Die Teilnehmer an dieser Feier versammelten sich zwanglos auf dem Kriegsgräberhof. Ein Zug der Teilnehmer nach dem Friedhof ist nicht beabsichtigt, ebenso sollen Vereinsfähnen und dergleichen nicht mitgebracht werden. Alles erscheint in schwarzer, der Bedeutung des Tages angemessener Kleidung ohne jegliche Abzeichen. Wie wir erfahren, veranstaltet der evangelische Kirchenchor der Südstadt seinerseits nachmittags um 8 Uhr in der evangelischen Stadtkirche eine Gedächtnisfeier. Der Volkstrauertag hat sich mit den zuständigen Stellen dahin in Verbindung gesetzt, daß an diesem Trauertag nicht allein in Karlsruhe, sondern im ganzen Lande Lustbarkeiten unterbleiben. Die Abendveranstaltungen des badischen Landestheaters werden auf den Charakter des Tages gleichfalls Rücksicht nehmen. Der Volkstrauertag soll ein Tag stiller Einkehr und tiefen Bedenkens für unsere im Felde und in der Heimat für das Vaterland gestorbenen Brüder und Schwestern sein, aus deren Gräbern, ob fern oder nah, eindringliche und mahnende Worte zu uns dringen.

Kath. Presseverein. Am Mittwoch abend, den 18. Februar, pünktlich halb 7 Uhr, findet in der Badenia (Ablerstraße 42) Vorstandssitzung des Kath. Pressevereins statt. Da die Sitzung pünktlich eröffnet wird, bitten wir um rechtzeitiges und zahlreiches Erscheinen.

Internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe 1926. Für die internationale polizeitechnische Ausstellung, die vom 7.—21. Juni 1925 in Karlsruhe stattfindet, ist bereits eine große Anzahl von Anmeldungen eingegangen. Neben der preussischen und der badischen Polizei wird auch die badenische Polizei offiziell beteiligt. Ebenso hat die Reichsbahngesellschaft ihre Beteiligung, soweit ihre Belange in Betracht kommen, zugesagt. In das Ehrenpräsidium der Ausstellung sind mit dem badischen Staatspräsidenten und dem badischen Ministerpräsidenten, der Präsident des badischen Landtags, der Oberbürgermeister von Karlsruhe sowie der Rektor der Technischen Hochschule eingetreten.

Die Zimmermeistervereinigung Karlsruhe bezieht am 25. April d. J., die Feier ihres 160-jährigen Bestehens, verbunden mit Jahresversammlung. Die Vereinigung zählt zu den ältesten Organisationen der badischen Landeshauptstadt und hat sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer bedeutungsvollen Organisation entwickelt. Als Aufhänger der vorgesehenen Veranstaltungen wird der Handwerker vom 1. Mai bis 1. Juni eine großzügige Ausstellung veranstalten, verbunden mit einem historischen Festzug. Das gesamte Bauhandwerk wird sich an dem Feste beteiligen, zu dem auch eine große Anzahl anderer Organisationen ihr Erscheinen zugesagt haben.

Auf Halbmaße. Anlässlich der Beisehungsfestlichkeit für die Opfer des Grubenunglücks in Dortmund hatten am Dienstag die staatlichen und städtischen Gebäude der Stadt Halbmaße gesetzt.

Kostümfest des Karlsruher Liederkreis. Der Karlsruher Liederkreis lud am vergangenen Samstag seine Mitglieder und Freunde sowie deren Angehörige zu seinem diesjährigen, in familiären Kreisen der prächtig geschmückten Festhalle stattfindenden Kostümfest ein, das trotz der beschränkten Kartenausgabe einen glänzenden Verlauf aufwies. Das Fest fand unter dem Motto: „Ein Frühling am Rhein“. In der künstlerisch geschmückten Festhalle und unter dem Eindruck der Frühlingskostüme und Trachten konnten sich die Besucher wohl für einige Stunden in einen Frühlingstag am Rhein versetzen. Das Orchester des Musikvereins Harmonie unter der Leitung des berühmten Dirigenten Herrn Kapellmeisters Rudolph hatte ein dem Thema angepasstes Programm aufgestellt. Gegen halb 10 Uhr nahm die Königin des Abends, die Lorelei, hoch oben auf einem Felsen sitzend, ihr goldenes Haar lösend, ihren feierlichen Einzug. Für die Langzeitigen war im kleinen Festballsaal Gelegenheit geboten. Auch im Bierstübchen war, wie stets bei dieser Veranstaltung üblich, ein Klavierquartett, das mit der originellen Männer-Schrammelmusik aufwartete, so daß auch hier die Tanzfreudigen auf ihre Rechnung kamen. Die Festansprache des Vereinsvorsitzenden, der des Engländers in Dortmund gedachte, und für die Hinterbliebenen der so jäh ums Leben gekommenen eine Sammlung veranstalten ließ, verdient noch erwähnt zu werden. Die Veranstaltung des Liederkreises stand auf voller Höhe und man kann ruhig sagen, daß sie zu den ersten der Karlsruher Festtage zählt.

Die zweite Schmutzgerichtsitzung umfaßt nur einen Fall, der am Mittwoch, den 18. Febr., vormittags 9 Uhr, zur Verhandlung kommt. Unter Anklage steht der Tagelöhner und Händler Albert Heß aus Würmersheim wegen Begünstigung zur Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Geschworene sind Mechaniker Jakob Jordan von Karlsruhe, Kaufmann Julius Hausmeister in Gaggenau, Maurermeister Heinrich Sälzer II in Wiesental, Tiefbauunternehmer Karl Knoblauch VII in Gaggenau, Fabrikant Karl Schall in Forstheim und Oberlehrer Strobel in Karlsruhe.

Neue Reichsbanknoten zu 1000 Reichsmark werden in den nächsten Tagen zum Verkehr gegeben. Die neue Banknote zeigt u. a. ein solches Kopfbildnis, den Reichszug Hermann Hildebrands Wegzug von Röll.

500 Kreise. In letzter Zeit handeln zwei Italiener im Rheinland mit Stoffen im Umherziehen und geben falsche 500 Kreise beim Einkauf der Stoffe an den Großhändler in Zahlung. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß die

beiden das Feld ihrer Tätigkeit auch nach Baden verlegen werden, wird vor ihnen gewarnt. Bei ihrem Auftreten wird um schnelle Benachrichtigung von Polizei oder Gendarmarie gebeten.

Die Festgenommene Einbrecher. Die Diebesbande, welche hier in den letzten Tagen drei schwere Diebstähle verübte, wobei ihnen in einem Falle Kleider und in anderen mehrere Pistolen und andere Waffen in die Hände fielen, wurden am Montag in Lörrach festgenommen. Es sind dies der ledige, 26 Jahre alte Kellner Fritz Hettmansperger von hier und der 23 Jahre alte Kinooperator Hans Kistler von Freiburg. Diese beiden wurden erst kürzlich aus dem Landesgefängnis Freiburg entlassen. Einige der Mittäter konnten schon bald nach der Tat ihrer Festgenommenen werden, während es den Haupttätern Hettmansperger und Kistler gelang, am Freitag, den 13. Februar, nach Freiburg zu entkommen. Dort verübten sie in der Nacht zum 14. Februar in einem Kleidergeschäft in der Kaiserstraße einen weiteren Einbruch, bei welchem ihnen Kleidungsstücke, u. a. auch Pelzmäntel, Lederautomantel und Sportanzüge im Wert von 3000 Mark in die Hände fielen. Den größten Teil dieser Beute sandten sie nach der Tat bahngeladend nach Ettlingen, wo sie noch am gleichen Tage beschlagnahmt werden konnten.

Konkurse. Die Firmen Sport-Weier und Wilhelm Wicker hier haben ihren Konkurs angemeldet.

Die katholische Bürgergesellschaft Konstantia hielt am Donnerstag, den 12. d. M., ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach der Begrüßung durch die ersten Vorsitzenden erstattete der erste Schriftführer den Geschäftsbericht für das abgelaufene Vereinsjahr. Zu gebiegenen Darlegungen wurde den Mitgliedern das Wiederabschlüssen der Konstantia nach den auch für das Vereinsleben so verderblichen Inflationsjahren vor Augen geführt. Nach Erstattung des Jahresberichts, der das gleiche erfreuliche Bild wie der Geschäftsbericht zeigte, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Neuwahlen hatten das erwartete Ergebnis. Die Mitglieder bewiesen ihr uneingeschränktes Vertrauen zur bisherigen Vereinsleitung durch deren einstimmige Wiederwahl. Der Gesamtvorstand wurde durch Zuwahl einiger äußerst schätzenswerter Kräfte erweitert. Der Vereinsbeitrag wurde auf 8 M. jährlich festgesetzt. Die beträchtlichen Kosten für die Abhaltung des 60. Stiftungsfestes sollen in der Hauptfrage durch Leistung freiwilliger Beiträge aufgebracht werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß dieses Fest des ältesten katholischen Männervereins Karlsruhes zu einem Freudenfest der gesamten katholischen Gemeinde würde.

Eine längere Aussprache betrafte die grundsätzliche Stellungnahme zur Ausgestaltung des erwähnten Stiftungsfestes. Dem Vorstand wurden bindende Beschlüsse der Generalversammlung als Richtlinien für den Aufbau des Festes mit auf den Weg ins neue Vereinsjahr gegeben. Nach Erlebigung einiger kleinerer Anträge konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen mit dem freudigen Bewußtsein: Mit Gottes fernerer Hilfe geht es wieder aufwärts mit der Konstantia.

### Veranstaltungen.

Männerverein St. Stefan. In dem Vereinsabend des Männervereins St. Stefan findet am Mittwoch, 18. Februar, abends halb 9 Uhr, Gartenfest des Moninger, ein Lichtbildvortrag des Herrn Professor Josef Graf über „Rom“ statt, zu dem wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen wollen. Der Vortrag mit ca. 80 schönen Bildern verspricht sehr interessant zu werden, da Herr Prof. Graf durch seine Reisen in Italien reiche Kenntnisse besitzt.

Hypothekengläubiger- und Sparerkassenverband. Ueber „Wiederherstellung der Wirtschaft durch Wiederherstellung der Sparrechte“ spricht heute (Mittwoch) im kleinen Festballsaal Herr Professor Dr. Gustav Mayer von der Handelshochschule Mannheim. Der auch in hiesigen Kreisen schon wohlbekannte Redner hat mit seiner Viderlegung der Gründe der Aufwertungsgegner weithin Aufsehen erregt, so daß sein Vortrag am Mittwoch abend für Freunde und Gegner der Aufwertung von allergrößtem Interesse sein wird. Wir machen nochmals auf diese Veranstaltung aufmerksam und verweisen auch auf das Interat in dieser Nummer unserer Zeitung.

„Die Wäbner“, bekanntlich eine der bedeutendsten Streichquartettvereinigungen der Gegenwart, spielen, nach dreijähriger Abwesenheit Donnerstag, den 19. Febr., abends 7 Uhr, im Eintrachtsaal im 6. Kammermusikabend der Konzertdirektion Kurt Neufeld. Das Programm ist auf die Eigenart dieser Künstler eingestellt. Es bringt mit einem der schönsten, hier noch nie

### Gebet den Badischen Beobachter weiter

an Freunde und Bekannte, die noch nicht Leser desselben sind und veranlaßt diese zur Bestellung. Mit jedem neuemommenen Bezahler, wird nicht nur uns, sondern auch der Zentrumsfrage ein großer Dienst erwiesen.



## Endlich das Richtige!

So wird Ihr Urteil lauten, sobald Sie den guten Terpentind-Schupbug

## Büdo

probiert haben. Machen Sie heute noch einen Versuch und merken Sie sich Büdos Leidspruch: Büdo-Terpentindiereme Immer für die Schuppe nehme.

Ar.  
K  
Redn  
TH  
gep  
größ  
Geiger  
gerio  
foam  
herlich  
überhau  
steht in  
einzig  
n ste  
diesem  
hat, bill  
wird di  
jährig  
der Kar  
sein de  
macht.  
Han  
Die h  
Amster  
Lugon-A  
Brüssel  
Gale  
Kopenh  
Stockho  
Helsing  
italien  
London  
New-Yo  
Paris  
Schweiz  
Spanien  
Lissa bo  
Japa  
Rio de  
Wien  
Prag  
Jugosla  
Budape  
sola  
Danzig  
Berli  
chngen  
Fortgan  
ringem  
timo Fe  
ten vor  
Kursen  
die Zus  
Geldinst  
zeigten  
das ent  
Es ist r  
gen Sin  
die Abs  
tanmark  
bis 1 P  
werte  
ist die  
127 1/2  
Tendenz  
hebung  
Anregun  
mit Aus  
leicht a  
lustlos.  
weiter r  
kein Ki  
ausländ  
ebenso  
Bahnak  
gestrige  
verkehr  
anleite  
Schutzg  
Die S  
Zugabte  
alsald  
Bemen  
nicht ü  
Berufs  
wirtgen  
die zum  
sich un  
selbstge  
Lebensl  
14 Tage  
reiden.  
Dienstl  
zunäch  
Der



**Phannkuch**  
**Hülsenfrüchte**  
**Linzen**  
 Pfd. 28 Pfg.  
 Pfd. 42 Pfg.  
 Pfd. 50 Pfg.  
**Bohnen**  
 weiße  
 Pfd. 28 Pfg.  
 Nordbrutisches  
 und bayrisches  
**Rauchfleisch**  
 Pfund 2.-  
**Phannkuch**

**Kath. Mütterverein u. L. S.**  
 Unter liebes Mitleid, Frau **Maria Maier** ist im Herrn entschlafen. Die Seele der Verstorbenen wird dem Gebete empfohlen.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch den 18. Februar 1925, nachm. 2 Uhr statt.  
 Karlsruhe, 17. 2. 1925  
 644 Der Vorstand

Verpug., O. J. Schreinerarbeiten und Kolladenlieferung an zwei Dienstwohngebäuden an der neuen Bahnhofstraße Karlsruhe öffentlich zu vergeben. Läne, Bedingnisheft auf dem Dienstzimmer 32 der Ho. Bahnhofsmeisterei 1 Karlsruhe, 2. Stock neue Gguthalle. Dort Angebotsvordrucke zum Selbstwörterpreis erheben. Angebote verschlossen, postfrei, nach Losen getrennt, mit der Aufschrift: „Neubauten Bahnhofstraße, Angebot auf ...“ arbeit verehen, spätestens bis **Donnerstag, 5 März 1925** vorm. 9 Uhr an Bahnbauinspektion 1 Karlsruhe einzureichen. Den Angeboten ist Preisangabe beizugeben. Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
 Karlsruhe, 16. 2. 1925.  
 Vorstand der Bahnbauinspektion 1 646

**la Bronze-Glocken**  
 Gebrüder Bacherl

Von Mittwoch, den 18. bis Freitag, den 20. ds.

# RESTE-VERKAUF

Kleiderstoffe — Seidenstoffe — Waschstoffe  
 Leinenwaren — Baumwollwaren  
 auf Extrafischen ausgelegt

ZU

anorm billigen Preisen.

# TIETZ

## Zeugnisse und Photographien über dauernde Erfolge

Vor Behandlung im 13. Jahre  
 Nach Behandlung im 15. Jahre  
 der Haar- und Haarbodenpflege einer 30jährigen Taikelt liegen in unserem Institut zur Einsicht auf. Nebenstehende Fälle, sowie unzählige schwache und trockene Haare wurden mit unserem **Brennesselhaarsaft** 1/2 Ltr. Mk. 2.50 1/4 Ltr. Mk. 5.-, 1 Ltr. Mk. 8.- und **Mansol** Schuppen-Haarpomade 3/4 g Mk. 1.50, 60 g Mk. 3.-, 150 g Mk. 5.- zu kräftigem Wachsrum gebracht. — Bei sch. achem, lcttem Haar, Beissen, Jucken und Schuppen i t sicher wir end unsere **Brennesselhaarsaft** nach Ind Art gebt. 1/2 Ltr. Mk. 1.50, 1/4 Ltr. Mk. 3.-, 1 Ltr. Mk. 5.-. Nur Nachma mevers no Porto und packing wird berechnet. — Läuse sind in 12 Minuten mit unserem **Moss** entfernt. 1/4 Ltr. Mk. 1.50, 1/2 Ltr. Mk. 2.50. Bei hoffnungslos aussehenden Fällen ist mikroskopische Haaruntersuchung unbedingt notwendig und ist nach einer solchen Untersuchung Ausicht auf Erfolg vorhanden, dann kommen un-ere eigenen erprobten kosmetischen Präparate zur Anwendung. Preis je nach Lage des Falles.

**Georg Schneider & Sohn**  
 I. Württembergisches Spezial-Haarbehandlungs-Institut zur Behandlung aller Haar- und Bartwuchsstörungen  
 Gymnasiumstr. 21 A, I. Stock **Stuttgart** Telefon SA. 23512.  
 Sprech-Verkaufs- und Behandlungsstunden: von 10-12 und 3-6 Uhr, Samstags ununterbrochen geöffnet von 10 bis abends 6 Uhr, Sonntags geschlossen.  
 Flechtenbehandlung ausgeschlossen.  
 Niederlage in **Karlsruhe**:  
**Adolf Dürr, Parfümerie- und Modewaren,**  
 Bahnhofsplatz 4, gegenüber dem Bahnhof.

Werbet f. den Badischen Beobachter!

**Todes-Anzeige.**  
 Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, heute vor-mittag 10 Uhr seinen treuen Diener, den Hochw. Herrn  
**Reinhold Sauter**  
 seit 45 Jahren Pfarrer von Obereggingen,  
 28 Jahre lang Definitor des Kapitels Klettgau  
 im 82. Lebensjahre und im 58. Jahre seines Priestertums, gestärkt mit den hl. Sakramenten, nach einem heilig-mässigen Priesterleben zu sich in die Ewigkeit ab-zurufen.  
 Die Hochw. Herrn Konfratres sowie seine zahlreichen Freunde und Bekannten bitten wir um ihr Gebet für den lieben Verstorbenen.  
 Griessen, den 17. Februar 1925.  
 Im Namen der Hochwürdigsten Geistlichkeit des Kapitels Klettgau:  
**Josef Bury, Dekan.**  
 Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Februar mor-gens 9 Uhr, in Obereggingen statt.

**Danksagung**  
 Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgehe unserer lieben  
**Theresia Demmer**  
 sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Jakob Friedr. Demmer,**  
 Stefaniensstrasse 5. 656

**Das ganze Jahr hindurch**  
 Wiederherstellung aller beschädigten Puppen und Anfertigung von Puppenperücken aus mitgebrachten Haaren. 558  
**Verkauf von Puppen und Puppenartikeln**  
 Ersie Karlsruher Kaiserstrasse 223  
**H. Bieler** zwisch. Douglas- u. Hirschstr.  
 Puppenklinik

**Palast-Lichtspiele**  
 Karlsruhe i. B.  
 Herrenstrasse 11 Telefon 2502  
 Nur 3 Tage noch!  
 Die größte Filmschöpfung der Welt:  
**10 spannende Akte**  
**Quo vadis**  
 mit **Emil Jannings**  
 in der Hauptrolle  
 636

**Gesellschaft für deutsche Geistes- und Lebens-Erneuerung E. V. :: Karlsruhe**  
 Mittwoch, 18. Febr., abends 8 Uhr im „Friedrichshof“, Karl-Friedrichstr.  
**Oeffentlicher Vortrag Heinrich Jürgens**  
 über 622  
 das **Od**  
 Die Quelle aller Lebens- und Heilkräfte im menschlichen Organismus  
 Er spricht über die wunderbaren Auswirkungen dieser Naturkraft, die als Gesundheitsfaktor beim Lebens-Magnetismus, Mesmerismus, Vitalismus und bei der Heilstromkraft — überhaupt bei allen Heilungen — in Erscheinung tritt, und behandelt auch die geheimnisvollen Erscheinungen bei Auslösung dieser Kraft, wodurch die  
**Materialisations-Phaenomene**  
 des Spiritismus u. die Geisteserscheinungen ihre Erklärung finden. Ein hochinter-santer, sehr lehrreicher  
**Blick in die Geisterwelt.**  
 Eintrittskarten. Mk. 1.- u. 2.- an d. Abendkasse Saalöffnung 7 1/2 Uhr.  
 Da der Andrang zu diesen vorrügen be-kanntlich sehr stark ist, liegt es im eigenen Int-resse sich rechtzeitig einen Platz zu sichern

**Phannkuch**  
**Eingetroffen:**  
 Ein größerer Posten  
**Limburger Stangenkäse**  
 1/4 Pfd. 20 Pfg. im ganzen Post  
 Pfd. 78 Pfg.  
**Phannkuch**  
**Wohnungs-Tausch**  
 2 Zimmer mit Küche (Glasabfluß) Süd-seite gegen 2 3 Zim-merwohnung. Angeb. u. 664 a. d. Geschäftsst.

**Oeffentliche Versammlung der Sparer und Gläubiger!**  
 Mittwoch, den 18. Febr., abds. 8 Uhr  
 im kleinen Festhallsaal  
 Herr Professor Dr. Eustach Mahr von der Handelshochschule Mannheim über  
**Die Wiederherstellung d. Wirtschaft durch Wiederherstell. d. Sparerrechte**  
 Entrechtete Gläubiger! Sparer! Kleinrentner! Zeigt durch zahlreichen Besuch, daß Ihr Euch Eure Rechte nicht rauben laßt.  
 Die staatlichen und städtischen Behörden, die Geistlichkeit, die Abgeordneten und die Presse, sowie alle Mitbürger sind freundlichst eingeladen!  
 Der Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzbund für das Deutsche Reich, Ortsgruppe Karlsruhe. 666  
 Eintrittskarten zu 50 Pfg. b. Musik-falkenhandl. Fr. Doert, Ritterstraße, b. der Buchhandl. zur Hauptpost, Kaiser-strasse, b. d. Geschäftsst. d. Verbandes, Kaiserstraße 26 und am Saaleingang.

**Kath. Mütterverein St. Stephan.**  
 Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr im großen Saal des Agneshanles  
**Generalversammlung**  
 anschließend Theateraufführung mit Chören.  
 Untere Mitglieder und alle Kath. Frauen der Pfarrei sind herzlich dazu eingeladen. 660  
**Der Vorstand.**

Zu älterem Ehepaar,  
**Allein-Mädchen**  
 gesucht, welches Freude daran hat, den Haus-halt allein und einfach aber mit Aufmerksamkeit zu versehen u. bür-gertlich kocht, die abge-arbeitete Hausfrau ent-lasert und eher pflegt, als noch mit ußeren nötig. Offerten u. 670 an die Geschäftsstelle.  
 Ruhige, saub. Frau evg., 45 J., in Küche u. Haushalt selbständig, sucht Stellung als  
**Haushälterin**  
 Es wird auf gute Stelle in A. Haushalt gleich-wo reflektiert. Gest. An-gebote unt. Nr. 8507 an die Geschäftsstelle.

**Linoleum!**  
 Große Auswahl! Billige Preise!  
**Fritz Meckel, Kreuzstraße 23**  
 Verleagarbeit wird übernommen.

**Photo's**  
 für  
 Pässe, Fahrkarten und Offerten  
 schnellstens 606  
**Rausch & Pester**  
 Photogr. Atelier  
 Erbprinzenstraße 3  
**Gläser-Neße-Geschäft**  
 Karlsruhe  
 Viktoriastraße 10 III.  
 Billige Preise nach Gewicht eingetroffen, ebenso Messel, Damast und Metall. 490  
 Besuch lohnend.  
**Herzliche Bitte!**  
 Wer würde Arbeiter in momentaner Not 60-80 Mk. auf ganz kurze Zeit gegen Zins und ratenweise Rück-zahlung leihen evtl. auch gegen Abschluß einer Lebensversicherung. Angeb. u. 652 an die Geschäftsstelle.  
**Gefunden**  
 10 Mark. Näheres Beobachter. 650  
 Beim städt. Wajen-meister, Schlachthaus-strasse 17, werden am Donnerstag, den 19. ds. Mts. vorm. 11 Uhr folgende Hundbunde öffentl. gegen bar ver-äußert:  
 4 Schäferhunde, 8 Pincher u. 1 Schnau-zer. 654  
 Städt. Schlacht- und Viehhofamt.  
**Getr. Kleider, schuhe**  
 kauft fortwährend  
 Fridenberg, An-u. Ver-kauf, Zähringerstr. 28.

**Phannkuch**  
**Hülsenfrüchte**  
**Erbsen**  
 halbe gelbe geschälte  
 Pfd. 19 Pfg.  
 ganze gelbe geschälte  
 Pfd. 28 Pfg.  
 ganze gelbe Nie-erbsen geschält  
 Pfd. 44 Pfg.  
 ganz, grüne, geschälte  
 Pfd. 42 Pfg.  
 Frische **Frankfurter Würstchen**  
 3 Paar 1.20  
**Phannkuch**

**Bad. Landestheater Karlsruhe.**  
 Mittwoch, 18. Februar  
 O 17, Th.-G. Nr. 3001-3400, 5001-5100  
 Der böse Geist  
**Pumpzavagabundus**  
 oder  
**Das licherliche Kleblatt.**  
 Zauberposse mit Gesang in 3 Akten v. J. Neitroff Musik von A. Müller  
 In Szene geleit von Felix Baumdach.  
 Musik. Leitung: M. Schläger.  
 Personen:  
 Stellarius Kiencherl  
 fortuna Moeller  
 Brüllatine Bolner  
 Amorosa Edeinpfing  
 Mhitarf Gemede  
 Plutibus Groß  
 Vilaris Santen  
**Pumpzavagabundus** Dahlen  
 Ein Verlehrs- schenmann Westl  
 Leim Moebie  
 Jwien Müller  
 Kmer em Herz  
 Signora Palpit Center  
 Kamilla Beckow  
 Laura Scheinpfing  
 Hobelmann Trend  
 Reppi Naffs  
 Gertrud Fremdenborier  
 Nörlert Clement  
 Pansch Schneider  
 Strubel Beig  
 Anantaska  
 Hobelmann Kühner  
 Ein Hausierer Kühner  
 Anfang 7 Uhr.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Preise:  
 Sperrfig 1. Abt. 4.80  
**Kommerzspiele im Künstlerhaus.**  
 Th.-G. 1001-1300  
**Frau Warrens Gewerbe.**  
 Ein Schauspiel in 4 Aufzügen von B. Shaw  
 In Szene geleit von Friedrich Weig.  
 Personen:  
 Frau Kitty Ermarth  
 Warren Künze  
 Vivie  
 Sir George  
 Crois Nürnberger  
 Brad Writter  
 Pastor Samuel  
 Gardner Höder  
 Frank Kreuzinger  
 Anfang 7 1/2 Uhr  
 Ende 10 Uhr.  
 Preise:  
 Saal 4., 3., 2. Mk.

Das  
 Mit  
 ichen  
 Mar  
 r un  
 in  
 r un  
 mit  
 rend  
 die  
 har-  
 te, z  
 jich-  
 der  
 Ma  
 dem  
 dra  
 auf,  
 da  
 häl-  
 nisse  
 Mann  
 ert  
 in  
 hizu-  
 fü-  
 rung  
 in  
 Ent-  
 wick-  
 die  
 dur-  
 parte  
 pl  
 und  
 zu  
 Vert-  
 tretu-  
 liegen,  
 jein  
 wird  
 Wohl  
 bei  
 des  
 Deu-  
 Die  
 no-  
 gierungs-  
 zeigte  
 al  
 Rede  
 der  
 Gegn-  
 zur  
 Ver-  
 Der  
 deut-  
 Kerner  
 zu,  
 und  
 in  
 der  
 I  
 polit-  
 ische  
 so  
 be-  
 schre-  
 Stellung  
 diese  
 g  
 Deutsch-  
 bedeuten  
 man  
 doch  
 Erla-  
 n  
 auch  
 gan-  
 germa-  
 der  
 daß  
 auch  
 von  
 C  
 nalen  
 C  
 von  
 C  
 tat-  
 lich-  
 Bildung  
 waren,  
 k  
 werden.  
 weiß  
 heu-  
 standen  
 i  
 ihre  
 eige-  
 tion  
 betr-  
 Boden  
 C  
 am  
 pe  
 Dinge  
 fo  
 Volk-  
 spar-  
 Kabin-  
 ett  
 all-  
 zu  
 trum-  
 s,  
 Klär-  
 te,  
 artigen  
 jeder  
 par  
 Entschli-  
 In  
 der  
 fraktion  
 folgende  
 „In  
 de  
 sich  
 ein  
 an-  
 fer  
 Ang-  
 de  
 in  
 der  
 Graf  
 Vor-  
 sitzen  
 soll.  
 Die  
 Vor-  
 stand  
 Dr.  
 Heß  
 Frage  
 d  
 durch-  
 haus  
 den  
 der  
 sit-  
 zende  
 ge-  
 leitete  
 wird  
 ist